

Redaktion u. Verwaltung: 1091 An die 2. Komm. 810.1. Sozialdemokratischer Zentralorgan... Preis 1.32. Postamt 57544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 2 16.- vierteljährlich 48.- halbjährig 96.- ganzjährig 192.-

Eine Warnung.

Der Kurs der tschechischen Krone steht in Zürich auf 16.40. Seit vielen Monaten hielt sich die Krone auf einem Kurs von etwa 16 Centimes, doch seit letzter Zeit zeigt sie wieder Neigung zur Aufwärtsbewegung. Schon ihre Notierung mit 16.20 vor einer Woche weckte in den Kreisen der Industrie lebhaftes Besorgnisse, denn jede Steigerung unseres Geldwertes, sei es auch nur um Bruchteile eines Centimes, ist geeignet, der Exportfähigkeit der Industrie schweren Schaden zuzufügen. Seit her ist eine weitere Kurssteigerung der Krone zu vermeiden und alles deutet darauf hin, daß dies keine von gewissen Tendenzen unbeeinflusste Steigerung ist. Es wurde, sogar von amtlicher Seite, wohl der Versuch unternommen, abzuleugnen, daß die Züricher Notierung eine Kurssteigerung der Krone bedeute, vielmehr sei ihre Höherbewertung auf dem dortigen Geldmarkt auf das Sinken des Schweizer Franken zurückzuführen, aber diese Behauptung wird hinfällig, da auch auf der Londoner und New Yorker Börse eine Kurssteigerung der Krone wahrnehmbar ist. Da die Unterbindung des Devisenhandels durch das Bankamt die Möglichkeit der Spekulation eingeschränkt hat, bleibt trotz aller Ablehnungsversuche nur die eine Annahme offen, daß das Bankamt sich bemüht, eine neue Ära der Deflationspolitik einzuleiten, deren sichtbare Erscheinung eben die letzten Kurssteigerungen der Krone sind. Es fehlt denn auch in industriellen Kreisen nicht an Warnern gegenüber der neuerlichen Aufnahme dieser Politik, und am eindringlichsten hat vor einigen Tagen der Abgeordnete und frühere Finanzminister Professor Dr. Englisch in einem in den Brünner „Lidove Roviny“ veröffentlichten Artikel seine warnende Stimme vor der Erneuerung der Deflationspolitik erhoben, deren Folgen er für die Volkswirtschaft und den Staat verhängnisvoll erklärt.

Es ist unleugbar, daß die Wirtschaftskrise kaum in einem zweiten Staate Europas so verheerend gewütet hat und noch immer fast unermüdet fortwirkt, wie bei uns. Alle Hinweise auf die allgemeinen weltwirtschaftlichen Verhältnisse vermögen den ungeheuren Umfang der Wirtschaftskrise im tschechoslowakischen Staate nicht zu erklären und nicht zu rechtfertigen. Neben den Fehlern und Sünden, welche sich die nationalitisch beeinflusste Handelspolitik zuschulden kommen ließ, ist es die im Vorjahre betriebene Finanz- und Valutapolitik, welche die Folgen der weltwirtschaftlichen Zerrüttung bei uns zur wirtschaftlichen Katastrophe gesteigert hat. Das ohne Rücksicht auf die Existenzbedingungen unserer auf den Export eingestellten Industrie bewußt betriebene Hinaufstreben des Kurses der Krone hat hundertaufende Menschen im Staate mehr in Not und Sorge gestürzt, als durch die Folgen der Weltkrise bedingt ist. Viele hunderte Fabrikshornsteine erloschen, ganze Betriebszweige wurden eingestellt, andere in ihrer Produktion auf ein Minimum eingeschränkt, hundertaufende Hände zum Feiern verurteilt. Wenn anfangs, da die praktischen Erfahrungen fehlten, es zweifelhaft erscheinen mochte, ob Inflations- oder Deflationspolitik das Richtige ist, so steht heute, nach dem surdächtbaren Lehrgehd, das die einzelnen Staaten und Völker zahlen mußten, außer Frage, daß beide Arten gleichermaßen schädlich und verderblich sind, und daß nur ein Weg aus den wirtschaftlichen und finanziellen Wirrnissen herauszuführen vermag: jener der wirklichen Stabilisierung des Geldwertes. Jede Abweichung von diesem Ziele, dem jede ihrer Verantwortung bewußte Finanzleitung zustreben mußte, kann den Bundesungsprozess nur verzögern, dem Staate und der Volkswirtschaft neue Wunden schlagen. Dem bescheidenen Vorteil, den die Deflationspolitik dem Staate gebracht hat, daß sie ihm die Abtragung der Auslandsschulden erleichterte, stehen eine Reihe von nicht nur zeitlich, sondern auch dauernd wirkenden Schäden gegenüber, die eine Fortsetzung dieser Politik

Politik und Finanzkapital.

Banken-Debatte im Abgeordnetenhaus.

Die mit großer Spannung erwartete Debatte über den Krach der Bohemia-Bank insbesondere und die Mißwirtschaft in den Banken überhaupt, hat gestern im Abgeordnetenhaus stattgefunden. Der äußere Rahmen der Sitzung war gekennzeichnet durch eine gesteigerte Präsenz im Sitzungssaal selbst und durch überfüllte Galerien. Die „Sensation“, sollte die Rede des Abgeordneten Kubicek sein, der in Privatgesprächen Enthüllungen über die Tätigkeit des alten Verwaltungsrates der Bohemia-Bank in Aussicht gestellt hatte. Präsident Tomasek wachte mit großer Sorgfalt darüber, daß Kubicek seine Redezeit nicht überschreite und entzog ihm auch das Wort, worauf sich Doktor Kubicek noch einmal in die Rednerliste eintragen ließ. Er hätte nach dem Abgeordneten Späček zu Worte kommen müssen. Der Vorsitzende erklärte jedoch die Debatte für beendet; es hat sich also Kubicek offenbar aus der Rednerliste streichen lassen. Unsere Genossen gaben dann auch ihrer Verwunderung darüber, daß Kubicek nicht mehr spreche, in Zwischenrufen Ausdruck. Von unseren Banken ertönten die Rufe: „Wo ist der Kubicek? Der Kubicek soll sprechen! Was kostet das? Das hat er bezahlt bekommen!“ und ähnliches.

Die Regierungserklärung wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der deutschen Sozialdemokraten, der tschechischen Unabhängigen und der nur in geringer Zahl anwesenden Kommunisten zur Kenntnis genommen.

als unmöglich erscheinen lassen müßten, wenn die verantwortlichen Faktoren aus den Erfahrungen zu lernen gewillt wären.

Obwohl nun die Wunden am Wirtschaftskörper des Staates, die die erste Deflationsperiode ihm zugefügt hat, noch klaffen, soll nun eine neue eingeleitet werden. Man kann unmöglich andere als Prestige Gründe in diesem Streben nach Steigerung des Kronenkurses erblicken. Der lieben nationalen Eitelkeit soll das Gesamtwohl, vor allem das Schicksal von hunderttausenden Arbeitern ausgespart werden. In einem Artikel in den „Narodni Listy“, betitelt „Furcht vor der guten Währung“, sucht der Senator Professor Dr. Horaček die in industriellen Kreisen entstandene Aufregung über die neuerlich ausgesprochene Deflationspolitik als überflüssig hinzustellen, denn es sei keineswegs ein rationales Hinaufstreben des Kronenwertes beabsichtigt. Im übrigen könne, so meint er, wegen der Erhaltung etwa der Glasindustrie, auf die Befolgung einer Finanzpolitik nicht verzichtet werden, deren Fortsetzung nach dem Tode Dr. Rajchins von „autoritativer Seite“ verheißt wurde. Diese „autoritative Seite“ dürfte gerade in Finanz- und Wirtschaftsfragen kaum eine „Autorität“ sein, denn sonst könnte sie nicht achlos an der Tatsache vorübergehen, daß von allen durch die Höherbewertung der Krone erwarteten heilsamen Folgen auch nicht eine eingetreten ist. Die Deflationspolitik hat keine Besserung der staatlichen Finanzen gebracht; denn die durch sie herbeigeführte Stilllegung zahlreicher Betriebe und die Einschränkung der Produktion hat nicht nur den Entfall großer Summen an Steuern, Abgaben, Eisenbahnfracht- und Postgebühren bewirkt, sondern die Staatskassa auch durch die Notwendigkeit der Zahlung von Arbeitslosenunterstützungen riesig belastet. Auch die erwartete Verbilligung der Waren ist nur bis zu einem gewissen Grade eingetreten, keineswegs in einer der Höherbewertung der Krone entsprechenden Weise. Nicht einmal der Staat selber hat sich dem bisherigen Stande der Krone angepaßt, denn außer einer kleinen Reduzierung der Tabakpreise und einer nicht sehr wesentlichen Herabsetzung der Frachttarife hat er alles unterlassen, um seine Wirtschaft mit der Kurssteigerung der Krone in Überein-

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet Donnerstag den 19. April 1923 um 10 Uhr vormittags statt. Auf der Tagesordnung befinden sich die Wohnungsgesetze, die im abgeklärten Verfahren behandelt werden sollen.

Nach Erledigung des Mieterschutzgesetzes, des Gesetzes über die exekutive Räumung von Wohnungen und der außerordentlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge, welche zwei bis drei Sitzungen ausfüllen dürften, wird das Haus die kulturpolitischen Vorlagen, unter ihnen u. a. das Gesetz über die gemeinsame Penitenz von Kirchen und das Gesetz über die Regelung der Feiertage behandeln. Die Regierung soll, wie versichert wird, fest entschlossen sein, die Session um den 20. Mai herum schließen zu lassen, sodas eine ganze Reihe von Vorlagen erst im Herbst zur Verhandlung kommen dürften.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags. Es wird zunächst eine Zuschrift des Klubs der tschechischen agrarischen Abgeordneten zur Verlesung gebracht, in der angezeigt wird, daß Abg. Kubicek aufgeführt hat, Mitglied dieses Klubs zu sein. Nach Erledigung der Tagesordnung, nämlich der Rechnungsschlüsse für 1918 und 1919 und der zweiten Lesung des Gesetzes über die Durchführung der Opiumkonvention vom 23. Jänner 1912 wird beschlossen, über die

stimmung zu bringen. Er hat weder eine Herabsetzung der Steuern, noch der Personentaxe auf den Eisenbahnen, der Zölle und Postgebühren vorgenommen, es ist ihm dadurch auch nicht gelungen, sein Budget zu entlasten, vielmehr hat die gesteigerte Wirtschaftskrise ein Sinken seiner Einnahmen und eine Steigerung seiner Ausgaben zur Folge gehabt.

Das Fiasko der bisherigen vielgerühmten Währungspolitik ist also offenkundig, denn sie hat weder gesteigerten Wohlstand und wirtschaftliche Sicherheit, sondern nur eine Schädigung des Staats- und Wirtschaftslebens und vermehrtes Elend gebracht. Die Warnung des ehemaligen Finanzministers Dr. Englisch, jetzt, da noch nicht einmal eine Anpassung an den bisherigen Kronenkurs erfolgt ist, in der Deflationspolitik ohne Rücksicht auf die Folgen, die sie zeitigen müßte, fortzuführen, entspricht gewiß allen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Aber die Halsstarrigkeit, mit der die verantwortlichen Faktoren das nationale Prestige allem anderen voranstellen, läßt vermuten, daß Dr. Englisch ein Rufer in der Wüste bleiben wird. Man glaubt seine Behauptung, daß der Staat eine weitere Deflation nicht ertrage, durch den Hinweis entkräften zu können, daß, wie dies Dr. Horaček tut, darauf verwiesen wird, die Deflationsbestrebungen sollen doch nur a l l m ä h l i c h eine Steigerung des Kronenkurses herbeiführen. Das erinnert an die Methode, dem Hund den Schwanz stückweise abzuhauen, damit es ihn nicht so sehr schmerze. Die „langsame“ Deflation würde nur eine noch länger dauernde Beunruhigung des Wirtschaftslebens zur Folge haben. Dr. Horaček führt zum Schluß ein Argument an, das die Tiefe seiner volkswirtschaftlichen Weisheit zeigt: es müsse die Deflation fortgesetzt werden, sonst ginge nicht Dr. Rajchin, sondern — Schoupal als der Sieger hervor. Einem solchen Argument gegenüber bleibt nur das Verstummen. Herr Dr. Horaček stellt einen Popanz auf, der nun für die Richtung unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik bestimmend sein soll! Als ob Schoupal das Attentat auf Dr. Rajchin wegen dessen Deflationspolitik verübt hätte! Dr. Englisch irrt sich, wenn er glaubt, über solche Einwände fliegen zu können. Seine Warnung wird ungehört verhallen.

Dringlichkeitsinterpellation betreffend den Krach der „Bohemia“-Bank insbesondere und die Bankverhältnisse im allgemeinen die Debatte zu eröffnen.

Es begründen zunächst die Interpellanten ihre Dringlichkeitsanfragen, worauf zu einer Regierungserklärung

Finanzminister Becka

das Wort ergreift. Er weist darauf hin, daß bei der Durchführung der Anknüpfung von Verbindungen mit dem Ausland einige Banken ihre Mittel immobilisierten und in einzelnen Fällen bei Kreditgewährung zu weit gingen, da sie die Dauer der Konjunktur der Nachkriegszeit überschätzten und oft auch mit wenig erfahrenen Beamten arbeiteten. Die Industrie- und Handelsdepression, die mit einer Preislenkung verbunden war, hat den Banken fühlbare Verluste beigebracht. Die Gründe für den Verfall der Mährisch-schlesischen und der „Bohemia“-Bank werden nach den durchgeführten Revisionen auf folgende Gründe zurückgeführt:

- 1. Auf allzu leichte Kreditgewährung, 2. auf ungenügende und spekulativ gedachte Konti einiger führender Faktoren, 4. auf Sammeln von Einlagen und Streben nach Geschäften unter ungünstigen Bedingungen, 5. auf übermäßigen Einkauf eigener Aktien auf Rechnung der Aktivist, 6. auf Auswertung zweifelhafter Gewinne, 7. auf Geschäfte, die den allgemeinen geschäftlichen Grundstößen nicht entsprechen.

Der Verlust der Mährisch-schlesischen Bank beziffert sich auf 170 Millionen Kronen, resp. nach Abrechnung des Aktienkapitals und der Reservefonds, auf 120 Millionen Kronen. Das Finanzministerium hofft auf einen Erfolg der Sanierungsaktion bei dieser Bank.

Die Verluste der „Bohemia“-Bank erreichen eine Höhe von 176.3 Millionen Kronen. Dabon muß aber das Aktienkapital und die Reservefonds in der Höhe von 47.8 Millionen K abgerechnet werden. Der Verlust, der die Gläubiger der Bank trifft, würde also 128.7 Millionen Kronen ausmachen. Man kann aber damit rechnen, daß auch dieser Verlust durch Realisierung einiger Syndikatsrechnungen um 20 bis 30 Millionen K verringert werden wird, sodas der ungedeckte Verlust etwa 100 Millionen K betragen würde. Die Regierung wird in beiden Fällen bemüht sein, einen größtmöglichen Schutz der Einleger zu erreichen.

Der Fall beider Banken hat auch die Bodenkant zu einer stillen Liquidation veranlaßt. Dieser Beschluß beruht auf der richtigen Erwägung, daß die Bodenkant infolge der Bodenreform sich nicht den Geschäften widmen kann, deren Hauptzweck ihre Gründung war. Der Minister kündigt das Gesetz zum Schutze der Einleger an, an dessen Fertigstellung in aller Eile gearbeitet werde. Die Strafuntersuchung gegen die Urheber der Verfallens der genannten Banken ist eingeleitet und die Regierung betrachtet es als eine ihrer Aufgaben, jeder unreeellen Handlungsweise entgegenzutreten und die Gründung neuer Institute, die nicht dem wirklichen Wirtschaftsbedürfnis entsprechen, zu verhindern. Schließlich empfiehlt der Minister Ruben an.

In Angelegenheit der Revision der „Zivnobank“ erklärt der Minister, daß die Regierung durch Gesetz vom 18. März 1921 bevollmächtigt wurde, die Lirres der Vorkriegsschuld des gewissen österreichisch-ungarischen Staates, welche sich auf tschechoslowakischen Boden befinden oder im Ausland Besitz tschechoslowakischer Bürger sind, zu sichern. Zwecks Durchführung dieses Gesetzes hat die Regierung eine Konfiskation der Vorkriegsrenten angeordnet, an der sich auch die „Zivnobank“ beteiligte. Eine nachträgliche Restriktion der Nachkriegsrenten wurde der Zivnobank bloß in folgenden zwei Fällen erlaubt: 1. Durch Verordnung des Finanzministeriums vom 23. Dezember 1922 wurde der Zivnobank die Restriktion von 500.000 Stück Prozentrenten ungarischer Goldrente erlaubt, zwecks Erlos der Auslagen, die die Zivnobank im Interesse der tschechoslowakischen Währung im Auslande auf Befehl des Finanzministeriums hatte. 2. Zum Ausgleich der Hypothekenschuld der Zivnobank auf ihre Fabriken in Galizien wurde ihr ungarische Goldrente für 137.000 Stück nostrifiziert, andere Restriktionen, als die eben angeführten, hat es nicht gegeben. Ebenso wie die anderen Banken, werde auch die Zivnobank kontrolliert und Revisionen unterworfen. Die Regierung mache bei valutarischen Maßnahmen keine Ausnahmen und schon deshalb sei eine besondere Begünstigung der Zivnobank unmöglich. (Beifall bei der Koalition.)

Abg. Erdino (tsch. Agrarier) erwartet, daß die Regierung die Unwirtschaft im Bankwesen nicht dulden wird und empfindet Ruhe sowohl den Aktionären als auch den Einlegern an. Er wendet sich schließlich gegen die verbrecherische Kapitulation, die gegen geordnete Bankinstitute im Wege ist, was auf den Banken der Kommunisten Widerspruch hervorruft.

Abg. Dr. Kubicek erklärt, er halte es für eine Frage seiner Ehre, als Abgeordneter zur Bohemiabank-Affäre zu sprechen, zu der Affäre einer Bank, in der er einige Monate wirkte, weshalb er von der ganzen Öffentlichkeit mit der Schuld für den Verfall dieser Bank beladen werde. Weil ich nicht Ursache habe, mich zu fürchten, habe ich mich zu einem Verhör auf die Polizeidirektion begeben und ebenso freiwillig habe ich verlangt, daß ich ausgeliefert werde. Mein Schild ist rein und ich fürchte Polizei- und Strafmaßnahmen nicht. Soweit es um die internen Ursachen des Falles der „Bohemia“-Bank geht, erklärt Redner: Es ist bekannt, daß man schon einigemal von der schweren Situation der Bohemiabank sprach. Vor 4 Jahren zahlte die Bohemiabank eine hohe Dividende aus, weil sie hohe Gewinne machte.

Aber der Oberdirektor Dr. Pisecký fuhr mit dem Verwaltungsrat Waldes nach Amerika, wo sie Ware kauften, die überhaupt nicht ins Bankgeschäft fielen. Es wurden Ose und auch eine große Anzahl von Filmen gekauft, an denen Millionen verloren wurden. Auch an anderen Geschäften verlor man sehr viel, besonders in der Pariser Filiale und auf welche Weise diese Geschäfte vom alten Verwaltungsrat verfolgt wurden, geht am besten daraus hervor, daß Dr. Pisecký für seine so erfolgreichen Künste für die Bohemiabank eine außerordentliche Entlohnung von 600.000 Kronen erhielt. Die Bohemiabank war schon einigemal in einer Krise und damals saßen im Verwaltungsrat auch die Herren Dr. Scheiner, Dr. Pisecký und Fabrikant Waldes.

Bei der Revision im Jahre 1921 wurde festgestellt, daß der Verlust 19 Millionen Kronen betrug. Da das Aktienkapital damals 25 Millionen Kronen betrug, hatte die Regierung die Möglichkeit, einzuschreiten, um die Bank zu schließen oder zur Konkursöffnung zu veranlassen. Dr. Scheiner, der auf das Ergebnis der Revision aufmerksam gemacht wurde, hat dem Verwaltungsrat nichts mitgeteilt und nur die Stellung seiner Person selbst nach der nur ihm bekannten Situation eingerichtet. Auf Grundlage dieser Revision wurde der Bank noch eine Erhöhung des Aktienkapitals um weitere 10 Millionen Kronen zugestanden, aber die Sparfassen wurden angewiesen, bei der Bohemiabank kein Geld mehr zu hinterlegen. Dr. Kubicek erklärt, in die Bank erst Ende April gekommen zu sein und kann daher nicht für die damaligen Verhältnisse verantwortlich gemacht werden. Dem gewesenen Abg. Sonntag wurde von zwei Prager Bankdirektoren empfohlen, in die Bank einzutreten, da alle sogenannten Verluste von geheimen Reserven gedeckt wären. Daß auch Dr. Kubicek an die Bank glaubte, sei begreiflich, weil Abg. Sonntag die Revision von erfahrenen Bankdirektoren habe durchführen lassen. Es war berechtigte Hoffnung vorhanden, die Bank „Bohemia“ zu retten, aber die Staatsverwaltung habe das Vertrauen zu dieser Bank durch den Brief an die Sparfassen gebrochen, was zur Folge hatte, daß der „Bohemia“ ein Drittel der Einlagen verloren ging, und zwar gerade auf Anregung des Finanz- und Innenministers. Redner bedauert das Hinscheiden Dr. Rasins, der der Bank entgegengekommen sei und versprochen hätte, sie nicht abfallen zu lassen. Er habe bereits am 4. Jänner auf die katastrophale Abnahme der Einlagen verwiesen und die Regierung um Hilfe angerufen. Redner macht darauf aufmerksam, daß die Regierung bei der Rettung der Bodenbank einen

ganz anderen Weg eingeschlagen habe. Da war es das Interesse zur Rettung gewisser Personen, während bei der „Bohemia“-Bank sich wieder das Interesse um Vernichtung einiger politischer Personen handelt. Zum Schluß wird die Schuld auf die Bodenreform geschoben. Der Verwaltungsrat der Bohemiabank hat große Opfer gebracht und nun haben wir hier eine Klage, welche mich verfolgen und der Schuld überweisen soll.

Der Vorsitzende Tomásek unterbricht den Redner, macht ihn darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist, worauf sich Abg. Kubicek noch einmal in die Rednerliste eintragen läßt.

Abg. Rajman (tschechische Gewerdepartei) erklärt, daß es sich hier um einen ähnlichen Fall, wie bei der „Währschlesischen Bank“ handle. Er erzählt dann, wie seine eigene Partei um die Konzession für eine Bank angeht hat. Sofort danach hielten sich die Vertreter der verfallenen „Kupecká banka“ ein mit dem Bemerkung, daß sie vom Ministerialrat Pára des Finanzministeriums geschickt seien, damit die Gründer der Bank die alte verfallene Bank übernehmen. Als dies nicht geschah, kam neuerlich ein Ministerialbeamter und versuchte, die Gründer zu überreden, daß sie die alte verfallene Bank übernehmen. Das Finanzministerium wolle, falls diese Bedingung erfüllt wird, die Erhöhung des Grundkapitals auf 20 Millionen Kronen gestatten. Der Ministerialbeamte erklärte, daß man dies ausüben könne zu gunsten der Parteifinanz der Gewerdepartei,

genau so, wie der Nationaldemokratie eine Viertel Million Kronen auf ihren Wahlfond beigefeuert wurde.

Als die Gründer zustimmten, wurde tatsächlich die Erhöhung des Aktienkapitals bewilligt. Der Redner wendet sich dann insbesondere gegen die Zivnostanka und stellt fest, daß der jetzige Finanzminister erklärt habe, vom früheren Finanzminister über alle seine Pläne informiert worden zu sein.

Der Finanzminister informiert also den Präsidenten der „Zivnostenská banka“ über seine Pläne.

Unter diesen Umständen muß die Zivnostenská banka jede kleinere Bank vernichten, die ihr unebenem wird.

Abg. Dr. Josef (tschechisch-Klerikaler) führt die Erschütterung des Bankwesens auf die Entwidlung der tschechoslowakischen Währungsverhältnisse zurück.

Abgeordneter Genosse Zilcher

weist darauf hin, daß die Zahl der Konkurse 1876 mit 1.657.000 Kronen beträgt, ungerichtet die verschiedenen Ausgleichs. Trotzdem sind 1300 neue Aktiengesellschaften mit 902 Millionen Kronen Kapital gegründet worden und bei 82 Gesellschaften Kapitalerhöhungen um 555 Millionen Kronen durchgeführt worden. Die Banken haben diese Neugründungen betrieben und waren darum bemüht, Riesensummen aus der Bevölkerung zur Verfügung gestellt zu erhalten.

Der verhältnismäßig geringe Eigenbesitz der Banken stellt für die Einlagen von 9.480.000 Kronen eine furchtbare Gefahr dar.

Durch die Riesenvermögen wurden die Banken die Geldgeber der Industrieunternehmen und so sind diese weit von ihrer ursprünglichen Aufgabe abgekommen. Sie machten sich Abgeordnete und ganze Parteien dienstbar, die Regierung schaffte sich aus dem Dispositionsfond eine charakterlose Presse, und so deckt sich

unter dem Deckmantel der Demokratie eine Korruption, wie sie ärger wohl nirgendwo zu finden ist.

Wir fordern eine strenge und rücksichtslose Untersuchung aller Ereignisse im Bankwesen der letzten Zeit und reklamieren bei dieser Gelegenheit den Bericht über die Staatsgetreideanstalt

nenden Tam-Tams langgezogen; die einen schwach, zögernd, verschleiert, undeutlich; die anderen deutlicher, von Echo zu Echo, von Kaga zu Kaga springend. Das Unsichtbare belebte sich.

„Du hast uns gerufen...“ sagten diese Töne. „Du hast uns gerufen...“ Wir haben dich vernommen... Wir hören dir zu... Was willst du von uns?... Rede...“

Zweimal löste durch den Raum dieselbe, zu weissen verschömmene, zuweilen deutliche Musik. Als der Horizont den letzten Ton verschlungen hatte, antwortete Bataala. Zuerst in kraftlosen Worten. Sie schienen die einförmige, alltägliche Erstarrung, die Einsamkeit ohne Heiterkeit, ohne Trauer, die Resignation vor dem Schicksal anzudeuten. Abwechselnd liefen die Klöppel von einem zum andern der drei Lingas. Sie gebaren eine Melodie, überwältigend wie ein Sturmtag vor dem Nahen des heißen „Donorro.“ Das Lied entfaltete sich. Nach einer plötzlichen Pause nahm es an Umfang zu. Und immer noch, immer noch, schwoll es an. Bataala rann der Schweiß herab. Er tanzte beinahe vor Glück.

Seine Männer, deren Frauen und Kinder, ihre Freunde, die Freunde ihrer Freunde, die Hauptlinge, deren Blut er getrunken und die das seine getrunken, er rief sie alle, alle. Er wollte, daß sie alle in neun Tagen kämen, um der großen „Jangba“, die er anlässlich der „Ganza“ gab, beizumohnen.

Der Prunk der seit Regenzeit und Regenzeit vorgesehenen Festlichkeit versprach Wunder. Das wird einen Fraß geben, eine Sauferei, Geschrei und Vergnügen! Und die „Jangba“ nicht zu vergessen! Nicht nur eine Jangba. Nein, alle Jang-

und die Baumwollzentrale. Wir fordern auch, daß sofort das Gesetz zum Schutze der Einleger im Hause eingebracht wird und daß es ermöglicht wird, daß die Einleger an der Verwaltung der Banken mitarbeiten.

Auch muß die Sozialisierung der Banken vorbereitet werden.

Denn der Zusammenbruch der Banken und die Begleitumstände sind für uns ein Beweis des zerstörenden Werkes der kapitalistischen Gewinnsucht und auch ein Zeichen des Verfalls der bürgerlichen Ordnung. (Lebhafte Beifall bei unseren Genossen.)

Abgeordneter Windisch (B. d. Landw.) verweist darauf, daß bereits vor einem Jahre der Schutzverband der Bankmittler die Herausgabe eines Gesetzes zum Schutze der Einleger verlangt hat.

Abgeordneter Kofka (deutschdem.) sagt, das Kreditumstände war nach dem Kriege überall auf den Kopf gestellt, die Kriegsanleihe bedeutet nichts anderes als umgewandelte Banknoten. Hätte es keine Kriegsanleihe gegeben, so hätte der Staat eben einen größeren Banknotenumlauf übernehmen müssen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede sagt er, daß Raschin einer nordböhmischen Kurstadt Kreditoperationen bei der Bohemiabank untersagt habe.

Nachdem die Abgeordneten Chalupa (tsch. Sozialdem.) und Spáček (Nationaldem.) gesprochen hatten, wurde die Regierungserklärung zur Kenntnis genommen.

Die Affäre Dr. Kubiceks.

Das Präsidium der tschechisch-agrarischen Partei hat nach einer längeren Beratung wie folgt entschieden: „Das Präsidium der tschechisch-agrarischen Partei hat den Abgeordneten Kubicek durch Beschluß vom 4. April 1923 beauftragt, sich des Abgeordnetenmandates zu bedienen. Dr. Kubicek hat sich eine Frist ausbedungen, um dieser Aufforderung Folge zu leisten, tat dies aber nicht. Infolgedessen entschied das Präsidium dahin, ihn aus der Partei auszuschließen. Da diese Entscheidung endgültige Wirksamkeit erst nach ihrer Genehmigung durch den Vollzugsausschuß erlangt, wird beim Wahlgericht erst nach der Sitzung des Vollzugsausschusses der tschechisch-agrarischen Partei Anfrage erhoben werden.“ Es ist unzweifelhaft, daß der Vollzugsausschuß diesen Beschluß seines Präsidiums bestätigen wird. Die endgültige Entscheidung ist wohl deshalb noch nicht gefallen, weil der Vollzugsausschuß den Ministerpräsidenten Svehla über den Fall hören will. Ministerpräsident Svehla wird bereits in den nächsten Tagen in Prag ankommen; er hat vorgestern auf seiner Rückreise Rom passiert.

Der Jmmunitätsausschuß befaßte sich entgegen aller Erwartung nicht mit der Affäre Dr. Kubiceks, sondern beschränkte sich auf seine Konstituierung. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Cerný, zum Vizevorsitzenden Dr. Derer und zum Schriftführer Koudelka gewählt.

Neue finanzwirtschaftliche Weiche.

Die neueste Petäta, nämlich die finanzpolitische, verhandelt eine ganze Reihe von neuen finanzwirtschaftlichen Gesetzen. So bereitet sie eine Gesetzesvorlage über die Fusion von Gesellschaften betriebe (Aktiengesellschaften) vor und ein Gesetz über die Ausschließung der passiven Zinsenträger aus der Steuergrundlage bei öffentlich verrechnenden Betrieben. Weiter verhandelt man ein Gesetz über Gebührenerleichterungen bei Hypothekenschulden, die zum Zwecke der Bezahlung der Vermögensabgabe kontrahiert wurden, ein Gesetz über die Herabsetzung der Zinsen für schulden Steuern und ein Gesetz über die Aufhebung des Zolls für Automobile. Schließlich hat die finanzpolitische Petäta, die sich

das. Nicht nur der Elefantenschritt, der Schwerter- oder Kriegszug — sondern vor allem der Liebestanz, den die Sabangas so unübertrefflich tanzen. Fraß und Jangba, Jangba und Saufgelage, Maniol, Bataten, Dajos, Kürbis, Jamwurzel, Mais! Ah, Hirscheier, Ingwer, Beißbeeren und Honig, Fische und Alligatoreier! Von alledem und noch von tausend anderen Sachen wird es zu essen geben. Von alledem und noch von vielen anderen wird man trinken. Zur Musik der Siffhörner und Balafone wird man trinken und essen. Alle mußten sie kommen! Ja, ja, ja! Zum Fest der Ganza! Nur einmal im Verlauf von zwölf Monaten findet die Beschneidung und Ausschneidung statt. Alle mußten sie kommen! Jaba, was wird man da lachen!

Die Echos gaben laut die Freude dieser Rede zurück. Sie pflanzten Witze und Gelächter fort. Als er schwieg, schwebte lastende Erwartung. Aber sie dauerte nicht lange. Denn rings um ihn herum, weit aus der Ferne, wie bei seinem ersten Anruf, setzte die Unterhaltung auf den unsichtbaren Tam-Tams wieder ein. Und trotz der Entfernung der klingenden Wellen unterließ man doch zu Ende jedes Satzes dieselben schwingenden, geheimen Töne.

„Wir haben dich vernommen. Wir haben dich gehört... Und verstanden... Du bist der größte aller Mäts, Bataala... Wir werden kommen... Wir werden bestimmt kommen... Und alle unsere Freunde werden da sein... Das soll ein Fest werden... Eine Bällerei!... Wir werden singen... Wir werden tanzen... Wir werden wie die Löcher laufen...“

aus den Abg. R. Chalupa (tsch. Sozialdem.), Sedl (tsch. Soz.), Dr. Engliš (Nat.-Dem.), Dr. Josef (tsch. Kl.) und J. Cerný (tsch. Agr.) zusammengefaßt, noch das Gesetz über die Aufhebung der Steuerämter in kleineren Städten und das Gesetz über die Novellierung der Vermögensabgabe und der Vermögenszuwachssteuer in Beratung gezogen.

Erleichterungen bei der allgemeinen Erwerbsteuer.

Da in der wirtschaftlichen Situation vieler Gruppen der Erwerbsteuerzahler in den Jahren 1922 und 1923 eine allgemeine Verschlechterung eingetreten ist, überreichte die Regierung dem Parlament einen Gesetzesantrag, durch welchen Erleichterungen für die Zahlung der allgemeinen Erwerbsteuer im Jahre 1923 gewährt werden. Der erwähnte Gesetzesantrag beruht auf folgenden Grundsätzen:

Die Steuerträger, die eine allgemeine Erwerbsteuer für das Jahr 1923 aufgrund ihrer Verhältnisse aus dem Jahre 1921 vorgeschrieben erhielten, haben ein Anrecht auf Erniedrigung dieser Steuer im Jahre 1923, wenn sie beweisen, daß in ihrem Betriebe im Jahre 1922 eine bedeutende Verschlechterung der Betriebsverhältnisse gegenüber dem Jahre 1921 eingetreten ist und daß die vorgeschriebene Erwerbsteuer ohne Kriegszuschläge die im Gesetze vom 28. April 1922 bezeichneten Prozente des ganzjährigen Ertragnisses des Betriebes, das im Jahre 1922 erzielt wurde, nicht übersteigt. Die Herabsetzung der Steuer ist höchstens um die Hälfte der Vorschreibung zulässig. Das Anrecht auf eine Steuerermäßigung muß mindestens 60 Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes oder 30 Tage nach Steuervorforschreibung in einem Gesuch beim Steueramt geltend gemacht werden. Ueber dieses Gesuch entscheidet entweder die allgemeine Erwerbsteuerkommission oder die Steuerverwaltung, die die Steuern auferlegte.

Sozialpolitischer Ausschuß.

Die Deutschbürgerlichen lehnen! — Alle Abänderungsanträge niedergestimmt.

Der sozialpolitische Ausschuß hielt gestern unter dem Vorsitz des Abgeordneten Cuzkil eine Sitzung ab, in welcher die Regierungsvorlage betreffend den Aufschub der exekutiven Räumung von Lokalitäten zur Verhandlung stand. Wie bei den Vorlagen über den Mieterschutz sowie über die außerordentlichen Maßnahmen der Wohnungsfürsorge wurden auch in der heutigen Sitzung sämtliche Anträge, die von unseren Genossen eingebracht wurden, abgelehnt. In der Debatte verwarnte sich Abg. Genosse Wohl gegen das Vorgehen des Vorsitzenden bei der Abstimmung über den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Der Antrag wäre nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung nach Abführung der Generaldebatte abzustimmen gewesen. Der Vorsitzende beliebte das Gegenteil zu tun. Redner verwies noch darauf, daß durch die Annahme der Vorlage alle Arbeiter und Angestellte, die Natural- oder Deputatwohnungen innehaben, vollständig der Willkür des Unternehmers ausgeliefert werden. Der Begriff „unentgeltliche Wohnungen“ müßte im Gesetze klar umschrieben werden.

Der tschechische Sozialdemokrat Biáovec erklärte, daß die Stellungnahme unserer Partei zu dieser Gesetzesvorlage als demagogisch bezeichnet werden müsse. In treffender Weise antwortet ihm Abg. Genosse Laub. Er verwies darauf, daß es ja an und für sich für die Opposition schwer wäre, sich durch sachliche Arbeiten in diesem Hause zu betätigen. Es ist aber in vorliegendem Falle notwendig, auf einen besonderen Widerspruch in den Ausführungen des Abgeordneten Biáovec hinzuweisen. Wenn unsere Anträge als demagogisch hingestellt werden, so finde ich unbegründlich, daß das „Pravo lidu“ berichten konnte, die tschechischen Sozialdemokraten hätten in der Koalition bedeutend weitgehendere Vorschläge zum Gesetze erstattet.

Festzuhalten ist noch, daß in der Sitzung sämtliche deutsch bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses fehlten. Die Abwesenheit der Deutschbürgerlichen ist nur dadurch erklärlich, daß die Herren angenommen haben, die Rechte der besitzenden Klassen wären bei der Beratung dieser Vorlage von der tschechischen Regierungsmehrheit schon genügend geschützt.

Die Affanierung Groß-Prags.

Die Regierung hat einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, durch welchen die Gültigkeit des Prager Affanierungsgesetzes aus dem Jahre 1893 verlängert wird. Der Gemeinde Prag wurde damals das Recht eingeräumt, Grundstücke und Häuser im Affanierungsgebiete zu enteignen. Die Gültigkeit dieses Gesetzes wird nun verlängert und die Neubauten, die in der Zeit bis zum Jahre 1933 aufgeführt werden, werden 20 Jahre hindurch von der Zinssteuer und allen Zuschlägen unbedingt befreit. Neueingeführt wird die Befreiung von der Gemeindezuwachssteuer.

Die Elbeschiffahrtsakte.

Der Verkehrs-ausschuß genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den internationalen Staatsantrag über die Regelung der Elbeschiffahrt. Danach ist die Elbefahrt Schiffen und

Die Trommel-Botschaft.

Der mit dem Goncourt-Preis ausgezeichnete Roman „Bataala“, der erste Regier-Roman, den ein Regier geschrieben hat, erscheint jetzt in deutscher Uebersetzung im Rhein-Verlag zu Basel. Der Verfasser René Maran, der französische Kolonialbeamter ist, hat hier das Leben der Eingeborenen in einer Intimität und psychologischen Anschaulichkeit geschildert, wie es keinem Europäer möglich gewesen wäre. Unter den Schilderungen befindet sich auch die Darstellung einer Einladung zu einem Fest mit Hilfe der Trommelsprache.

Bataala schritt auf eine Anhöhe zu, die die Umgebung beherrschte. Dort standen drei verschieden große „Lingas“. Er näherte sich diesen Baumstümpfen, die innen ganz ausgehöhlt waren, nahm zwei auf dem Boden liegende Klöppel und sandte durch die unbewegliche Luft zwei weißhin klingende Schläge, die er auf den größten der Lingas schlug.

Tiefes Schweigen folgte. Er brach es endgültig mit zwei weiteren kürzeren Schlägen. Dann eine Salve von Tam-Tams, immer lebhafter; immer schneller, um dann wieder langsam, langgezogen auf dem kleinsten der Lingas in einem kurzen Defresendo, das durch den letzten Schlag des Aufrufes verstärkt wurde, auszuklingen.

Und nun, dort unten, ganz dort unten, weit, viel weiter als dort unten, von allen Seiten, von links, von rechts, hinter ihm, vor ihm, antwortete der gleiche Lärm, daselbe Rollen, dieselben dröh-

Schleppern aller Nationen bis Melnik (auf der Moldau bis Prag) frei. Die Staatsangehörigen, das Eigentum und die Flaggen aller Nationen genießen volle Gleichberechtigung. Außer den Zöllen, den Verzehrungssteuern und den durch das Abkommen festgesetzten Gebühren wird keine wie immer geartete Gebühr eingehoben. Ebenso ist der Transitverkehr frei. Für die Benutzung von Häfen, Uferbauten und Lagerhäusern können Abgaben, aber in gleicher Höhe für alle Flaggen, eingehoben werden. Abg. Genosse Schweichhart nahm als einziger Debattierender die Gelegenheit wahr, um aufgrund von Daten auf den Rückgang des Elbeverkehrs infolge der Industriekrise und der falschen Steuer- und Tarifpolitik hinzuweisen und die Vernachlässigung der Hafenanlagen der Unterelbe zu kritisieren.

Inland.

Die Tätigkeit der „Cedol“. Wir haben vor einiger Zeit über die Tätigkeit der „Cedol“ (Tschechoslowakisches Reisebüro) berichtet. Dieses Reisebüro hat den Verkauf tschechoslowakischer Eisenbahnfahrkarten von Eisenbahnministerien übernommen und durch verspätete Einzahlung der für diese Karten gelösten Summen den Staat um Millionen betrogen. Nun werden Einzelheiten über die Tätigkeit dieses famosen Reisebüros in Rumänien bekannt. Das rumänische Eisenbahnministerium verweigerte anfangs sämtliche Besuche fremder Staaten um Errichtung eines Reisebüros. Erst nach längerer Zeit gelang es der Tschechoslowakei, die Bewilligung für die Errichtung eines Reisebüros zu erlangen. Nachdem die vorgeschriebene Kaution erlegt worden war, sollte die „Cedol“ dieses Reisebüro übernehmen. Die „Cedol“ übernahm die Kanzlei jedoch nicht, sondern bot die rumänische Vertretung dem ungarischen Reisebüro in Budapest an. Als die rumänische Regierung sich ein solches Vorgehen nicht gefallen lassen wollte, sand die „Cedol“ einen Ausweg in der Weise, daß sie mit Hilfe des ungarischen Reisebüros eine neue Gesellschaft gründete, die sich „Sardov“ nannte. In diesem neuen Reisebüro spielen sog. „Erwachende Ungarn“ eine große Rolle. Das Reisebüro, in dem nicht ein tschechoslowakischer Staatsangehöriger beschäftigt ist, arbeitet ganz offen gegen die Tschechoslowakische Republik. Es warnt die Reisenden vor dem Besuche tschechoslowakischer Bäder und vor der Reise nach der Tschechoslowakei überhaupt. Ueber die Tätigkeit dieser Gesellschaft, an der die „Cedol“ stark interessiert ist, werden erst jetzt Berichte in der tschechischen Presse laut und es herrscht natürlich in dieser Presse eine große Erbitterung darüber, daß ein tschechoslowakisches Unternehmen nur wegen des Gewinnes ohne Bedenken die tschechoslowakischen Interessen in Rumänien preisgegeben hat. Die Affäre der „Cedol“ scheint sich somit zu einem ungeheuren Skandal zu entwickeln.

Der Arbeiterhaß der „Národní Demokracie“, des von den tschechischen Großkapitalisten ausgehaltenen nationaldemokratischen Blattes, kommt besonders in ihrer gestrigen Nummer zum Vorschein. Dieses Blatt berichtet über den Protest der tschechischen Gewerkschaften gegen den französischen Einfall ins Ruhrgebiet und erklärt, daß eine solche Kundgebung die Tschechoslowakei kompromittiere (!). Die Gewerkschaftsorganisationen kompromittieren die Tschechoslowakei nicht nur dadurch, daß sie sich in politische Angelegenheiten einmengen, sondern auch durch die Dummheit (!) und Naivität (!), die durch den Protest dokumentiert werde. Weiters befaßt sich dieses Kapitalistenblatt mit der Raubkündigung der Eisenbahner und fragt, ob es uns wieder der Bolschewismus zurückkehren und dann schreibt dieses Blatt hämisch: „Dieorderungen der Eisenbahnangestellten brauchen nicht durch einen Streik erkämpft werden, falls sie gerecht und bei der heutigen finanziellen Situation des Staates durchführbar sind. Es haben doch die Sozialisten in der Regierung acht Minister. Und der Eisenbahnminister ist ja ein Sozialist!“ — Das nationaldemokratische Blatt versucht also nicht nur die Raubkündigung der Eisenbahner in den Augen seiner Leser als irgend eine „hohleweiserische“ Tat herabzusetzen, sondern es versteht noch dazu seinen Koalitionsbrüder, den in der Regierung vertretenen tschechischen Sozialisten, mit Befriedigung einen Fußtritt.

Auflösung der kommunistischen Pfadfinderorganisation in Karpathoruthland. Die Zivilverwaltung in Karpathoruthland, hat dieser Tage sämtliche kommunistische Pfadfinderorganisationen in Karpathoruthland, die sogenannten „Tscherkessen“, aufgelöst. Die Auflösung erfolgt mit der Begründung, daß diese Organisationen einen rein militärischen Charakter haben und eine staatsfeindliche Agitation betreiben. — Dieser Tage fand in Kaschau ein Prozeß gegen kommunistische Pfadfinder statt, die im Juni des Vorjahres bei einem Zusammenstoß mit der Polizei in Kaschau verhaftet wurden. Die kommunistischen Pfadfinder veranfaßten nämlich damals einen Umzug durch die Stadt, der von der Polizei verboten war, wobei es zu einem Zusammenstoß kam. Von den 14 Angeklagten verantworteten sich dieser Tage acht vor dem Strafsenat des Zupangerichtes in Kaschau. Sämtliche Angeklagten wurden für schuldig erkannt und zu Arreststrafen im Ausmaße von vier bis acht Monaten verurteilt.

Die fehlenden Kolonien sind schuld! Ueber ein Jahr herrscht nunmehr die schwerste Krise, die der tschechoslowakische Staat seit seinem Bestande mitzumachen hat, die Wirtschaftskrise. Zehntausende von Arbeitern sind von

Auch Stresemann für ein positives deutsches Angebot.

Berlin, 17. April. (Eigenbericht.) Die außenpolitische Debatte wurde im heutigen Reichstag fortgesetzt. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Rede des Führers der Volkspartei des Abgeordneten Stresemann, der sich zwar im allgemeinen mit der Auffassung der Regierung einverstanden erklärte, dem Genossen Hermann Müller aber darin beipflichtete, daß die Stunde für ein definitives Angebot gekommen sei. Damit gab er zu erkennen, daß er die sozialdemokratische Politik für richtig hält. Die Regierung hat sich zur Rede Stresemanns noch nicht geäußert. Es ist nicht sicher, ob die Herren Cuno und Rosenberg den Mut finden werden, mit

einem direkten Angebot vor die Öffentlichkeit zu treten. Da Stresemann Führer einer Partei ist, die früher immer Deutschlands Zahlungsunfähigkeit betonte, ist seine Stellungnahme umso bedeutungsvoller. Sollte wirklich seine ganze Partei, also die großen Judaiten, hinter ihm stehen, so könnte man in den Reden Stresemanns und Hermann Müllers eine Verhandlungsbasis sehen. Wenn in Frankreich wirklich Verständigungsbereitschaft herrscht, muß es jetzt möglich sein, den Weg zu Verhandlungen zu finden.

Morgen spricht als zweiter sozialdemokratischer Redner Genosse Breitscheid.

Die Pariser Presse über Rosenbergs Rede.

Paris, 16. April. Die gestrige Rede des deutschen Außenministers Dr. von Rosenberg wird von der überwiegenden Mehrheit der Pariser Presse abgelehnt. „Deuvre“ schreibt: Rosenberg unterbreite gestern der Öffentlichkeit Vorschläge, die Staatssekretär Bergmann während der letzten Pariser Konferenz in der Tasche gehabt haben soll. Trotz Vorbehalten im Stil bot Rosenberg gestern dreißig Milliarden Goldmark, aber die deutsche Regierung weh, daß die Verbündeten diese Summe von 30 Milliarden als unbefriedigend ansehen. Deshalb schlägt Rosenberg vor, sich bezüglich dessen, was den Mehrwert betrifft, dem Schiedspritche einer internationalen Sachverständigenkommission zu unterwerfen. Die Alliierten erwarten von Deutschland direkte offizielle Vorschläge. Die gestrige Rede kann das nicht ersetzen, sie liefert jedoch den Beweis, daß die gegenseitigen Standpunkte sich immer mehr nähern. — „Petit Journal“ schreibt: Wenn die Gedanken Rosenbergs denen der Mehrheit des Reichstages und der Öffentlichkeit entsprechen, können

wir nicht schon morgen annehmbare Vorschläge von Berlin erwarten. Das Interessanteste und Neueste für Frankreich sei die Tatsache, daß Rosenberg während der ganzen Rede, obwohl er von der Fortsetzung des passiven Widerstandes gesprochen habe, sich frage, was Deutschland tun müsse, um aus der Krise herauszukommen, daß er ebenfalls anerkenne, daß er noch etwas anderes tun müsse, als Widerstand zu leisten. — Der „Figaro“ sagt, es sei vollkommen unnütz, die Vorschläge des Reichsaußenministers jetzt zu erörtern, weil sie Vorbedingungen unterworfen seien, denen man nicht zustimmen könne. — Der sozialdemokratische „Populaire“ schreibt, Rosenbergs Erklärungen hätten, wie die Rede Poincarés in Dünkirchen nichts Neues gebracht. Auch diese Rede sei nicht geeignet, die Lösung des Ruhrkonfliktes in irgend einen Schritt vorwärtszubringen. — Auch das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ erklärt, daß die Rede und die Vorschläge Rosenbergs zur Erörterung nicht geeignet seien, Was die politische Seite der Lage betreffe, antwortet die deutsche Regierung mit einer Ablehnung.

dieser Krise brotlos gemacht worden und müssen von der kargen staatlichen Unterstützung ihr wahrhaft bitteres Dasein fristen. Kein Wunder daher, daß sich zahlreiche Volkswirte und Politiker mit der Frage befassen, wie die Wirtschaftskrise und die in ihrem Gefolge daherziehende Arbeitslosigkeit, wenn schon nicht beseitigt, so doch wenigstens gelindert werden könnte. Eine „glänzende“ Idee hat nun der Herr Dr. Bartos entdeut und in den „Lidove Listy“ der stauenden Mittelweg kundgemacht. Die tschechische Regierung soll die Insel Borneo kaufen, um die Arbeitslosigkeit „auf diesem Wege“ zu beheben. Also auf dem Wege nach Borneo! Der Vorschlag des Dr. Bartos rief in der ganzen tschechischen Welt lebhaftes Heiterkeit hervor. Aber siehe da, die Wege der tschechischen Sozialdemokraten sind wunderbar und daher sind sie auch bereit, den Weg nach Borneo zu gehen, ja vielleicht auch nach Sumatra, denn von Borneo ist ja dahin nicht mehr weit Die „Nova Doba“, das in Rissen erscheinende Organ des Ministers für soziale Fürsorge, ist von dem Plan Bartos in hellster Begeisterung geraten und meint, daß „Dr. Bartos sehr ernstlich einer Frage näherkomme, die die sorgfame Beachtung und Vorbereitung zu ihrer glücklichen Durchführung bedarf.“ Und so schmettert die „Nova Doba“ die große Erkenntnis in die Welt: „Nie wird sich die Tschechoslowakische Republik der Arbeitslosigkeit entledigen, solange sie nicht eigene Kolonien haben wird.“ Also auf in den Klassenkampf für die Gewinnung von Kolonien!

Ausland.

Die Deutschenheute in Polen.

Nach Zeitungsberichten sagte in einer Rede auf dem Rathaus in Posen der polnische Ministerpräsident Sikorzi, daß Deutschland zu Revanchetaten rüste und nach der Beseitigung des Korridors strebe. Die deutsche Bevölkerung Polens hätte in vier Jahren nicht einmal die polnische Sprache erlernt, um den Ministerpräsidenten in polnischer Sprache begrüßen zu können. Es läge im unmittelbaren Interesse Polens, daß der historische Prozeß der Entdeutschung der westlichen Wojewodschaften sich in möglichst kurzer Zeit vollziehe. Es sei immer so, daß der Starke recht hat und der Schwache als der Beschwungene gelte und in den Hintergrund treten muß. Der Ministerpräsident erklärte feierlich, daß am Vorabend der Vollstreckung der Liquidierung deutscher Besitzungen die bisherige Nachgiebigkeit Polens endgültig ein Ende finden müsse. Zur Frage der deutschen Ansiedler erklärte er, daß man ihre Entzignung mit der größten Genauigkeit durchzuführen werde. Pressevertretern erklärte Sikorzi noch, daß das Verhältnis Polens zu Danzig unbedingt geändert werden müsse, und zwar so, wie es die Interessen Polens erforderten. Danzig wolle gegenwärtig nur Vorteile aus dem Verhältnis zu Polen ziehen und gebe keine Verpflichtungen nicht zu. In Zukunft müsse die ganze Entwicklung Danzigs von Polen abhängen. Die polnische Regierung habe nicht die Absicht, die bisherige Nachgiebigkeit weiter zu üben.

Frecher hat wohl noch kein Minister eines der neuen Nationalitätenstaaten über ein Minderheits-

voll zu reden gewagt. Die Forderungen an die Deutschen, polnisch zu lernen, um ihn, den wohnmündigen Herrn Ministerpräsidenten Sikorzi, demütig in der Staatsprache begrüßen zu dürfen, kommt an groteskem Größenwahns höchstens den Ansprüchen Ludwigs XIV. oder Wilhelms II. „von Gottes Gnaden“ gleich. Aber noch ärger als diese psychamäthigen Manieren sind die sachlichen Drohungen, die der Herr Sikorzi gegen die Deutschen ausspricht. Ein zur Organisation gänzlich unfähiges Volk, das es verstand, in kurzen vier Jahren ein reiches, schuldenfreies Land in den Dauerzustand des Staatsbankrottes zu treiben, wagt es, hunderttausende arbeitsfähige Einwohner vor die Tür zu setzen und sich „stark“ zu nennen, weil ohne sein Zutun, ohne daß auch nur einer seiner Angehörigen Opfer in der Art Masaryks gebracht hat, die Macht seiner Zwingerberren zusammengebrochen ist. Die Polen gehörten zur Zeit des Weltkrieges zu Habsburgs treuesten Gefolgsmännern und schwärmten für die „autokratische Lösung“, „stark“ wurden sie nur, weil die Mittelmächte die wirtschaftliche und politische Situation in ihrer Verbundenheit meistern zu können glaubten. Angesichts des chauvinistischen Zornes, in welchem sich das ganze polnische Volk zumant seinem noch als „maßvoll“ gepriesenen Ministerpräsidenten befindet, ist es notwendig, die Dinge beim wahren Namen zu nennen und die „Verdienste“ der Polen um die Gründung ihres Staates, die tatsächlich gleich null sind, ins rechte Licht zu rufen.

Die latente Ministerkrise in Südslawien tritt in der Demission zutage, die Paschitsch dem Könige überreicht hat, und in der Wiederbetragung dieses ewigen Ministers mit der Kabinetsbildung. Der kurze Traum von einer Verbesserung des serbischen und des kroatischen Standpunktes ist vorüber: der Separatistenführer Raditsch hat sich — die Krankheit grassiert in allen Nachfolgestaaten — „allohal“ gezeigt und wagt es nicht nur, vor seinen Anhängern bei seiner bisherigen Meinung zu bleiben, sondern auch für Deutschland und Sowjetrußland zu „schwärmen“. Da also auf eine wohlwollende Neutralität der Kroaten für eine Regierung Paschitsch derzeit nicht zu hoffen ist, soll das Liebeswerben der Paschitschradikalen um die Demokraten beginnen, mit dem Zweck, diese für eine neue Koalition einzufangen. Die erbitterten Formen, in welcher sich der Wahlkampf zwischen diesen Parteien abspielt, stellen diesem Bemühen nicht eben das beste Horoskop und so erwägen denn auch schon die Radikalen, ein nur auf ihrer Partei aufbauendes „homogenes“ Ministerium zu bilden. Dieses sollte sich ziffernmäßig in der Stupischina nur solange behaupten, als die Kroaten das Parlament wie bisher boykottieren, und mit dieser Hoffnung spielt Paschitsch heute offenkundig. Das wäre jedenfalls die selbstsamste Form einer „wohlwollenden Neutralität“, die der „allohale“ Raditsch dem schärfsten Vertreter des von ihm bekämpften Zentralismus beweisen könnte.

Tagung des Völkerbundesrates. Die deutsche Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik teilt unter dem 17. April mit: Gestern trat in Genf der Völkerbundrat unter dem Vorsitz des englischen Unterrichtsministers Eduard Wood zu seiner 24. Tagung zusammen. Von polnischen Fragen, die sich auf der Tagesordnung

befinden, sind hervorzuheben: eine Beschwerde der ungarischen Regierung gegen Rumänien wegen der von der rumänischen Regierung verfügten Enteignungen unbeweglicher Güter von Personen, die für Ungarn operiert haben, eine Beschwerde Bulgariens gegen Griechenland wegen der Vertreibung von Bulgaren griechischer Staatsangehörigkeit aus Westthrazien, die endgültige Bestimmung der Grenze zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn im Kohlengebiete von Salgo-Tarjan, die Prüfung der Lage in Albanien, ein Antrag Finnlands betreffend die Behandlung der Bevölkerung Kareliens durch Sowjetrußland, die Grenzfrage zwischen Polen und Litauen im Gebiete von Wilna, die vorbereitenden Schritte für die Neuwahl eines Richters des ständigen internationalen Gerichtshofes an Stelle der verstorbenen Senatoren Kun Barbofa, endlich einige die freie Stadt Danzig betreffenden Fragen. Der Generalkommissar für Oesterreich, Zimmermann, wird über den Fortschritt des finanziellen Wiederaufbaus Oesterreichs und über die Erfolge der kurzfristigen dreieinhalb Millionen Pfund Sterlinganleihe Bericht erstatten. Weiters werden die Fragen der Einbindung des neuen freistandes Irlands zur internationalen Zollkonferenz und der Einberufung einer internationalen Konferenz zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels verhandelt und Angelegenheiten betreffend die Ausrüstung und das internationale Luftschiffahrtswesen beraten werden. Von höchstem Interesse wird die Behandlung der Beschwerden sein, die die politischen Parteien und der gewählte Landesrat des Saargebietes gegen die dem Völkerbunde unterstellende Regierungskommission dieses Gebietes und gegen den bisherigen Vertreter des Gebietes in dieser Kommission, Dr. Sektör, der des Meineides und des Verrates beschuldigt wird, eingebracht haben, und die in dem Antrag gipfeln, den Nachfolger Dr. Sektors im Einvernehmen mit den gewählten Vertretern der Bevölkerung zu ernennen.

Der Streit um die Insel Ada-Kaleh. Rumänien erhielt durch den Verfasser Frieden auch die kleine Donauinsel Ada-Kaleh zugesprochen. Ada-Kaleh liegt unweit der ehemaligen ungarisch-rumänischen Grenze in der Donau und gehörte eigentlich, trotzdem die Türkei im Balkankriege fast aus Europa verdrängt wurde, immer zur Türkei. Nach dem russisch-türkischen Kriege im Jahre 1878 übernahm nämlich Oesterreich-Ungarn das Protektorat über die türkische Bevölkerung der Insel. Dieser Zustand dauerte bis zum Jahre 1916. In diesem Jahre besetzten die Rumänen Ada-Kaleh, mußten es aber wieder räumen, als österreichisch-ungarische Truppen, die vordem die Insel nie betreten hatten, sie besetzten. So blieb Ada-Kaleh bis zum Untergang von Österreich-ungarischen Truppen besetzt; im Jahre 1919 wurde dann die Insel den Rumänen zugesprochen und am 5. August 1919 wurde auf Ada-Kaleh die rumänische Flagge statt der bisherigen Flagge des selbständigen Inselstaates gehißt. Die rumänische Regierung kümmerte sich aber nicht weiter um die Insel und ließ deren Bevölkerung vollständig ihre bisherige Selbstverwaltung. Nun hat die Angora-Regierung eine neuen Regierungsbeamten nach Ada-Kaleh entsandt, da sie den Standpunkt vertritt, daß diese Insel noch immer zur Türkei gehört. Die Angora-Regierung verweist darauf, daß der zweite Beamte der Insel bisher immer von Konstantinopel ernannt wurde und daß er auch bisher von der türkischen Regierung 24 türkische Pfund monatlich Gehalt erhielt. Die Entsendung eines Regierungsbeamten nach Ada-Kaleh durch die Angora-Regierung hat in Rumänien große Erregung hervorgerufen und man kann mit Interesse abwarten, wie die Frage nun endgültig geregelt werden wird.

Telegramme.

Das neue Seipel-Kabinett.

Wien, 17. April. Gemäß dem Antrage des Hauptstaatssekretärs wählte in der heutigen Sitzung der Rationalrat die neue Regierung mit Dr. Seipel als Bundeskanzler an der Spitze. Weiter wurden gewählt: Weiter wurden gewählt: Zum Vizekanzler Dr. Franz (Großdeutsch), zu Ministern: für soziale Verwaltung Schmitz (Chr.-Soz.), zum Finanzminister Lienböck (Chr.-Soz.), zum Landwirtschaftsminister Buchinger (Chr.-Soz.), zum Handels- und Verkehrsminister Dr. Schürff (Großdeutsch), zum Seeresminister Bauquoin (Chr.-Soz.), zum Minister des Äußern Dr. Grünberger (Beamter), zum Unterrichtsminister Dr. Schneider (Chr.-Soz.). Aus dem Kabinette der neu vereinigten Ministerien scheidet Dr. Baber (Inneres) und Odehnal (Verkehr) aus und neu trat Dr. Schürff statt Kraft ein. In einer Sitzung begann die erste Lesung der Vorlage über die provisorische Zuziehung des auswärtigen Verwalters in die österreichische Rationalbank. In der Debatte stellte sich der Bundeskanzler gegen den Antrag Dr. Bauer, in welchem dieser die Strafverfolgung wegen Hochverrats für alle diejenigen fordert, die unberechtigter Weise den Generalkommissar informieren, um sein Eindringen zu erzielen. In der Debatte über die geänderte Vorlage erklärte namens der sozialdemokratischen Partei Abgeordneter Bauer, daß durch die Annahme der Vorlage der Generalkommissar außer seiner bisherigen Funktion eines Mandatars des Völkerbundes auch noch die Funktion des Vertrauensmannes der ausländischen Bankwelt ausüben würde. Nach der Rede des Abg. Bauer wurde die Debatte unterbrochen und auf morgen vertagt.

Zuspitzung der Gegensätze in Bayern.

München, 16. April. (Tsch. P. B.) Die „Münchener Post“ veröffentlicht genaue Mitteilungen über die Beteiligung von Angehörigen der Reichswehr und der Landespolizei an den Organisationen und Demonstrationen der Nationalsozialisten und der bayerischen Kampfbünde. Es sei richtig, was Ministerpräsident Dr. von Aniling sagte, daß die Nationalsozialisten allein nicht stark genug seien, um eine Umwälzung herbeizuführen. Seit kurzem haben sich die Hitlergardien mit den Ludendorfflegionären vereinigt und seien zusammen mit Offizieren der Reichswehr an der Untergrabung der Herrschaft der Staatsmacht tätig. Zur letzten Uebung am Sonntag wurden direkte Befehle ausgegeben, die von einem Hauptmann des Münchener Wehrkreiskommandos unterzeichnet waren. Die Uebung stand vollkommen unter der Leitung aktiver Reichswehroffiziere.

Die Lage ist jetzt wieder sehr zugespitzt. Die Regierung steht ihre militärischen und staatlichen Machtmittel in Gefahr. Auch die Selbstschußverbände, die sie früher in der Hand hatte, sind ihr entglitten. Die bayerische Volkspartei versucht, durch eine rege Versammlungsstätigkeit die ländliche Bevölkerung gegen die Rechtsradikalen mobil zu machen. Die Hitlergarde und die Ludendorff-Kampfbünde arbeiten vorläufig nicht auf einer Umlagerung hin, sie wollen durch einen zunehmenden Druck den Herrschaftlichen Innenminister Dr. Schmeber durch den früheren Justizminister Dr. Roth erpressen, um so die ganze Staatsverwaltung in die Hand zu bekommen. Gleichzeitig wollen sie damit die Voraussetzungen für die Einsetzung eines nationalen aktiven Staatspräsidenten schaffen. Die Lage der Regierung wird von Tag zu Tag schwieriger, sie versucht jetzt sich der Reichswehroffiziere zu entledigen, die mit den Rechtsradikalen zusammenarbeiten. Die Sozialdemokraten bauen infolge der zugespitzten Lage ihre Abwehrformation aus. Die Nationalsozialisten entfalten eine ungewöhnliche Versammlungsstätigkeit. Sie erklären, daß ihr Führer Adolf Hitler selbstverständlich nicht vor dem Staatsgerichtshof erscheinen wird. Reichskanzler Guno solle die Schutzgesetze sofort aufheben, den Reichstag auflösen und eine nationalradikale Regierung aufrichten. Die bayerische Regierung hat den Hitlergardien und Ludendorff-Kampfbünden versprochen, für eine sofortige Aufhebung der Schutzgesetze einzutreten.

Blaustrahlige Attentatsmeldungen aus Paris.

Paris, 17. April. (Havas.) Aus den Mitteilungen und Dokumenten, die der Untersuchungsrichter des Mörders Maria Plateau, Redakteur der „Action Française“ gesammelt hat, geht hervor, daß das Haus, in dem Germaine Berton wohnte, der Mittelpunkt der Anarchisten war, die auf Millerand, Poincaré und andere Persönlichkeiten Attentate vorbereiteten. Andererseits erklärte der kürzlich verhaftete Anarchist Rubio, daß Germaine Berton und Margherite Barni, die Geliebte Rubios, einen Plan zur Ermordung einer Reihe politischer Persönlichkeiten vorbereitet.

Wie man in Rumänien die Opposition zu Paaren treibt.

Bukarest, 16. April. (Tsch. P. B.) Gegen die im Parlament angenommene neue Verfassung Rumäniens beschlossen die zwei größten oppositionellen Parteien, nämlich die nationale und Bauernpartei, welche an der Abstimmung über die neue Verfassung nicht teilgenommen haben, gestern eine große Protestversammlung zu veranstalten. Die Regierung hatte hinreichende Maßnahmen getroffen, um eventuelle Unruhen zu verhindern. Die gesamte Garnison hatte Bereitschaft und zahlreiche Militärmusikpatrouillen durch die Straßen. Die Teilnehmer der Versammlung hatten beabsichtigt, einen Demonstrationzug durch die Hauptstraßen zu veranstalten, stießen aber auf einen Militärkordon, welcher die Manifestanten auseinandertrieb. Hierbei wurden einige Personen verletzt und viele verhaftet. Am Abend herrschte wieder Ruhe. Die oppositionelle Presse wirft der Regierung vor, durch ihre militärischen Maßnahmen gegen die oppositionellen Kundgebungen der Stadt den Charakter des Belagerungszustandes aufzuprägen. Die vereinigte Opposition ist entschlossen, weitere Versammlungen im ganzen Lande zu veranstalten. — Nach dem vorliegenden, von regierungsfreundlicher Seite kommenden Berichte sind die Beschwerden der oppositionellen Presse durchaus berechtigt. Denn der Korrespondent weiß von keiner einzigen Gewalttat der Demonstranten zu erzählen, was geschah, wurde durch die militärische Aktion der Regierung mutwillig provoziert.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale.

Staintenentwurf des Organisationskomitees. Beschlossen in der Sitzung in Bregenz, 4. bis 6. April 1923. Vorzulegen dem Domburger Internationalen Kongress.

A. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale.
1. In der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (S. A. I.) vereinigen sich sozialistische Arbeiterparteien, die in der Erzeugung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen.

2. Die S. A. I. hat die Aufgabe, die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen und in gemeinsamen Aktionen zusammenzufassen.

Die in der S. A. I. vereinigten Parteien verpflichten sich, keiner außerhalb dieser bestehenden politischen internationalen Vereinigung anzugehören.

3. Die Sozialistische Internationale ist nur insoweit lebendige Wirklichkeit, als ihre Beschlüsse in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile verbindend sind. Ein jeder Beschluß der internationalen Organisation bedeutet daher eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder.

4. Die S. A. I. ist nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein unentbehrliches Instrument während jedes Krieges.

Bei Konflikten zwischen Nationen wird die S. A. I. von den angeschlossenen Parteien für sich als höchste Instanz anerkannt.

5. Organe zur Erfüllung dieser Aufgaben sind:
1. der Internationale Kongress; 2. die Exekutive, 3. das Büro; 4. die Geschäftskommission; 5. das Sekretariat.

B. Der Internationale Kongress.

6. Der Kongress wird von der Exekutive, wenn die politischen Ereignisse es erfordern, mindestens alle drei Jahre einberufen. Der nächste Kongress findet spätestens im Jahre 1925 statt. Die Exekutive hat Zeit und Ort des Kongresses, wenn nicht zwingende Gründe es hindern, mindestens vier Monate vor dem Stattfinden des Kongresses bekanntzugeben. Die Exekutive ist verpflichtet, in kürzester Zeit einen internationalen Kongress einzuberufen, wenn mindestens zehn angeschlossene Parteien dies verlangen.

7. An dem Kongress können nur Parteien teilnehmen, die der S. A. I. angeschlossen sind. Ueber die Zugehörigkeit zur S. A. I. entscheidet die Exekutive vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses.

8. Auf je dreitausend Mitglieder einer angeschlossenen Partei entfällt ein Delegierter. Das Maximum der Delegierten einer Partei ist fünfzig.

9. Von dem Exekutivkomitee wird jeder auf dem Kongress vertretenen Partei eine gewisse Stimmenzahl für die Abstimmungen im Plenum zuerkannt. Für die Bemessung dieser Stimmenzahl wird die Mitgliederzahl der Partei sowie die Gesamtlänge des organisierten Proletariats in dem Lande (Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteipresse, Wählerzahl usw.) zugrunde gelegt. Das Maximum für eine Partei ist dreißig Stimmen.

Die Abstimmung nach Kongressstimmen anstatt nach Köpfen wird vorgenommen, wenn mindestens dreißig Kongressmitglieder, die wenigstens fünf verschiedene Länder vertreten, dies verlangen.

C. Die Exekutive.

10. Die Mitglieder der Exekutive werden von den angeschlossenen Parteien gewählt. Die Zahl der Exekutivmitglieder wird entsprechend der Vertretung auf den internationalen Kongressen bestimmt. In Ländern, in denen mehrere Nationen leben, erfolgt die Berechnung für jede Nation. Ueber die Zuteilung von Nationenplätzen zu anderen Ländern entscheidet die Exekutive.

11. Auf Länder (Nationen), die das Anrecht auf mehr als zwanzig Kongressstimmen haben, entfallen drei Mitglieder des Exekutivkomitees. Auf Länder (Nationen), die das Anrecht auf zehn bis zwanzig Kongressstimmen haben, entfallen zwei Mitglieder des Exekutivkomitees. Auf Länder (Nationen), die das Anrecht auf weniger als zehn Kongressstimmen haben, entfällt ein Mitglied des Exekutivkomitees.

12. Befinden sich in einem Lande (Nation) mehrere angeschlossene Parteien, so wird die Zahl der Exekutivmandate auf Grund der Gesamtsumme ihrer Kongressstimmen bestimmt und die Mandate auf die Parteien nach dem Proportionalverfahren entsprechend ihren Kongressstimmen aufgeteilt. In Ländern (Nationen), die nur ein Mandat zur Verfügung haben, fällt dies der stärksten Partei zu.

13. Auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Exekutivmitglieder wird im Exekutivkomitee nicht nach Köpfen, sondern nach Kongressstimmen, die den Parteien entsprechend ihrer Stärke zukommen (§ 9), abgestimmt.

14. Die Parteien haben das Recht, im Falle der Verhinderung eines Exekutivmitgliedes einen Ersatzmann zur Sitzung zu entsenden.

15. Beim Eintritt eines Exekutivmitgliedes in ein Ministerium erlischt automatisch seine Mitgliedschaft in der Exekutive. Nach dem Austritt aus der Regierung ist die Wiederwahl in die Exekutive sofort wieder möglich.

D. Das Büro.

16. Die Exekutive wählt aus ihrer Mitte ein achtgliedriges Büro, das in dringenden Fällen rasch einberufen werden kann und zur Vorbereitung der der Exekutive obliegenden Agenden zusammentritt.

Im Büro sollen möglichst viele Länder vertreten sein, jedoch ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß seine Mitglieder in möglichst kurzer Zeit zu Sitzungen zusammenkommen können.

Das Büro hat der Exekutive Bericht zu erstatten und ist ihr verantwortlich.

17. Die Geschäftskommission (§ 19) hat das Recht, in Fällen, wo Probleme eines Landes, dessen Parteien im Büro nicht vertreten sind, beraten werden, Exekutivmitglieder dieser Parteien zur Teilnahme mit beratender Stimme einzuladen.

E. Die Geschäftskommission und das Sekretariat.

18. Die Exekutive bestimmt den Ort, wo das Sekretariat der S. A. I. seinen Sitz hat, und wählt einen oder mehrere Sekretäre sowie den Kassier.

19. In dem Lande, in dem das Sekretariat seinen Sitz hat, wird von der Exekutive eine Geschäftskommission eingesetzt, dem der oder die Sekretäre und der Kassier der S. A. I., die Exekutivmitglieder dieses Landes und drei von der Exekutive gewählte Mitglieder, die in dem Lande ihren Wohn-

sitz haben, angehören. Die Mitglieder dieser Geschäftskommission können an den Sitzungen der Exekutive und des Büros, sofern sie nicht ohnehin diesen Körperschaften angehören, mit beratender Stimme mitwirken.

20. Die Geschäftskommission hat die Aufgabe, die Tätigkeit des Sekretariats zu überwachen, die Hilfskräfte des Sekretariats anzustellen, in dringenden Fällen Vorbereitungen der politischen Lage vorzunehmen und die Einberufung von Sitzungen der Exekutive und des Büros vorzubereiten.

21. Dem Sekretariat obliegt:

a) die Vorbereitung der Sitzungen der Exekutive und des Büros sowie der internationalen Kongresse;

b) die Verwirklichung der Verbindung zwischen den angeschlossenen Parteien, die gegenseitige Information derselben, insbesondere auch durch die Herausgabe eines unperiodisch erscheinenden Bulletin der S. A. I. in drei Sprachen, das vor allem die Berichte über die Sitzungen der Exekutive und des Büros publiziert sowie auch über prinzipiell wichtige Beschlüsse und Aktionen der angeschlossenen Parteien zu berichten hat;

c) die Erstattung periodischer Kasberichte an die Exekutive;

d) die Herausgabe der Protokolle der internationalen Kongresse;

e) die Schaffung eines Archivs der internationalen Arbeiterbewegung.

F. Finanzielles.

22. Zur Bestreitung der Unkosten, die aus den Arbeiten der S. A. I. erwachsen, wird von den angeschlossenen Parteien ein Jahresbeitrag geleistet, dessen Höhe nach der Mitgliederzahl berechnet wird. Der Beitrag soll nach Möglichkeit den besonderen Verhältnissen des Geldwertes angepaßt werden. Er wird auf der Grundlage von einem Schweizer Centime im Wert der Vorkriegszeit für das Mitglied gestellt, multipliziert mit dem Vielfachen, um das die Löhne seit der Vorkriegszeit gestiegen sind.

Zum Beispiel: Wenn sich die Löhne in der Schweiz gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt haben, wird der Schweizer Beitrag für das Mitglied zwei Centimes betragen. Wenn in Österreich die Löhne gegenüber der Vorkriegszeit um das Sechsfache gestiegen sind, so wird für das Mitglied 6000 Centimes gezahlt, und zwar in Kronen, entsprechend dem Wechselkurs der Vorkriegszeit (also 57 Kronen). Das erscheint uns in der außerordentlichen Situation, in der wir uns befinden, als der möglichste beste Weg der Regelung.

23. Außer den regulären Jahresbeiträgen tragen die angeschlossenen Parteien zu den Kosten des Kongresses bei, indem sie für jeden Delegierten, den sie entsenden, einen Beitrag zahlen, dessen Höhe die Exekutive bei der Einberufung des Kongresses festsetzt.

G. Beziehungen zur Gewerkschafts- und Genossenschaftsinternationale.

24. Die S. A. I. sieht in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die durch den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) repräsentiert wird, ein unumgängliches Erfordernis der erfolgreichen Führung des Klassenkampfes.

Die S. A. I. sieht in der Einheit der Genossenschaftsbewegung, die durch den Internationalen Genossenschaftsbund (London) repräsentiert wird, einen außerordentlich wertvollen wirtschaftlichen Rückhalt der Arbeiterklasse bei der Führung des Klassenkampfes.

Die S. A. I. wird daher mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam) und mit dem Internationalen Genossenschaftsbund (London) in ständiger Fühlung bleiben und ist bereit, fallweise gemeinsam mit diesen internationalen Organisationen Zusammenkünfte und Gesamtkongresse der Arbeiterklasse zur Beratung der allen diesen Organisationen gemeinsamen Probleme abzuhalten.

Soziale Fürsorge der Bodenbacher Stadtvertretung.

In Bodenbach haben bekanntlich unsere Genossen in der Stadtvertretung die Mehrheit und da es einigermaßen von Interesse sein dürfte, wie diese Mehrheit ihre Pflicht aufsucht und wie sie die Aufgaben der sozialen Fürsorge zu erfüllen versucht, sei nachfolgend eine kurze Darstellung gegeben.

Bei der Beratung des Voranschlags für das Jahr 1922 wurde selbstverständlich auf die minderbemittelte Bevölkerung Rücksicht genommen und es wurden Beträge zur Verringerung der Not eingesetzt, mit denen manches Gute geschaffen werden konnte. Für Weihnachtsbescherung bedürftiger Schulkinder wurde ein Betrag von 100.000 K eingesetzt und dieser Betrag zu Weihnachten 1922 für Schuhe, Kleider und Wäsche verausgabt. Für die Rindfleischaktion wurde eine Subvention von 30.000 Kronen gewährt und wurden im Jahre 1922 53.000 Portionen Suppe oder Kalbs- und ebensoviele Stück Gemmele zur Verteilung gebracht. In der städtischen Volksküche wurden 1701 Portionen im Werte von 3546 K unentgeltlich verabreicht und außerdem ein Beitrag von 24.000 K gewährt. Für die Erhaltung eines städtischen Rindergartens wurden 30.000 K ausgegeben, für die Erhaltung der vierten Mädchenbürgerschule 21.000 K, für eine Hausstellungsschule, die neben dem Tageskurs an vier Abenden der Woche fünfmonatliche Kurse für 40 Mädchen, die bereits in Arbeit stehen, veranstaltet, wurden ebenfalls 30.000 K verausgabt. Für die Erhaltung der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschule, sowie eines einjährigen Handelskurses für Mädchen wurden 95.000 K verausgabt. An Vermitteln für bedürftige Schulkinder wurden 35.000 K verausgabt.

Außer den bereits erwähnten 100.000 K für Kleider, Schuhe und Wäsche an bedürftige Schulkinder zu Weihnachten wurden weiters an bedürftige Familien ein Barbetrag von 28.000 K und Lebensmittel und Kohle (Zucker, Rasse, Reis, Gebäck)

im Betrage von 8200 K verabreicht. Besonders haben sich die Genossen in Bodenbach um die Verbesserung der monatlichen Armenunterstützung bemüht. Während im Jahre 1919 bei der Uebernahme der Gemeindegeschäfte durch die neue Gemeindevorstellung Armenunterstützungen von monatlich sechs bis höchstens acht Kronen bezahlt wurden, werden nunmehr Unterstützungen von 60 bis 150 K im Monat bezahlt. So wurden im Jahre 1919 ausgegeben 12.766 K und im Jahre 1922 133.892 K.

Die Armenunterstützung wird nach sogenannten Einheiten bemessen und es beträgt eine Einheit 30 K. Bedürftigkeit allein ist eine Einheit, ein Alter von 60 Jahren ist eine zweite Einheit, Krankheit ist gleichfalls eine Einheit, Erwerbslosigkeit ist ebenso eine Einheit; für das erste unversorgte Kind werden 30 K, für das zweite unversorgte Kind 45 K und für ein drittes unversorgtes Kind werden 60 K monatlich Unterstützung bezahlt. Dabei ist Bodenbach in 15 Armen- oder Pflegebezirke eingeteilt und es werden in regelmäßigen Zeitabständen Erhebungen bei bedürftigen Familien gepflogen.

In den Jahresvoranschlag 1923 sind eingestellt 72.000 K für die Auspeisung Arbeitsloser und ihrer Angehörigen. Gegenwärtig werden täglich an 152 Kinder aus dem Stadtgebiete und an 83 Kinder aus den Randgemeinden vollständige Mittagessen unentgeltlich verabreicht, außerdem an 100 Erwachsene. Ein Mittagessen kostet die Gemeinde 2 K 50 h ohne Regiekosten.

Weiters sind 70.000 K für den sozialen Fürsorgefond des Bezirkes (dieser Betrag wird an die Bezirksverwaltungscommission abgeführt) eingestellt und so wie im Vorjahre 100.000 K für die Vorkleidung bedürftiger Schulkinder.

Tages-Neuigkeiten.

Der Bacher.

Eine Szene aus der Redaktion des „Montagsblattes“.

Dr. Bacher, der doch am Dienstag im „Montagsblatt“ nichts zu suchen, sondern die „Bohemia“ zu betreuen hat, kam gestern dennoch etwas aufgeregter, zeitlich morgens, in die Redaktionsräume, in denen er sich sonst nur Sonntags aufhält, um von dort aus gegen das direkte Wahlrecht zu kämpfen, konnte den ebenfalls schon anwesenden Chef und Herausgeber Ruh fast über den Haufen und rief:

„Was sagen Sie zum „Sozialdemokrat“? So eine Freiheit! Demen werd' ich was erzählen!“

Ruh: „Nu, was werden Sie machen? Die Leute haben doch recht. Angenehm ist die Sache nicht. Aber...“

Bacher: „Aber ich bitt' Sie, vor allem bin doch ich nicht der Chefredakteur...“

Ruh: „Na schön. Aber wenn Sie der „Sozialdemokrat“ zum Chefredakteur macht, ist das doch keine Beleidigung. Oder ja? ... Na, also, und geschrieben haben doch wirklich Sie den Artikel und das mit dem Bild ist auch wahr...“

Bacher: „Ja, das glaub' ich, das möcht' Ihnen passen, daß Sie sich jetzt alle an mich alleinstürzen. Ich werde aber berichten...“

Ruh: „Sie werden gar nichts berichten. Werfen Sie mal „Frankfurt!“ — Schreiben Sie an den „Sozialdemokrat“!“

„Mit Bezug auf den in Nr. 88 des „Sozialdemokrat“ vom 17. April 1923 erschienenen Leitartikel und auf die in diesem Blatt erschienene Notiz „Der Bacher“ erlaube ich auf Grund des § 19 d. P.-G. um Aufnahme nachstehender Berichtigung in der nächsten oder zweifolgender Nummer Ihres Blattes: Es ist unklar, daß das „Montagsblatt“ die Montagsausgabe der deutschdemokratischen „Bohemia“ ist. Wahr dagegen ist, daß das „Montagsblatt“ seit 45 Jahren als vollständig unabhängiges Blatt erscheint. Es ist unklar, daß Dr. Bacher der Chefredakteur des „Montagsblatt“ ist. Wahr ist, daß der Chefredakteur und Herausgeber des „Montagsblatt“ seit mehr als 35 Jahren der Gefeierte Oscar Ruh ist. Es ist unklar, daß Dr. Bacher sich photographieren ließ und sein Bild um Geld im „Montagsblatt“ leben läßt. Wahr ist, daß das Bild Dr. Bachers von einem hiesigen Maler als Karikatur gezeichnet, ohne Wissen Dr. Bachers im „Montagsblatt“ erschienen ist. Hochachtungsvoll Oscar Ruh, Herausgeber u. Redacteur des „Montagsblatt“.“

Zwanzigmal hatte der Bacher den Ruh beim Diktat unterbrochen und es dauerte eine halbe Stunde, bis das schwere Werk vollbracht war. „Ganz entspricht das zwar nicht dem Freigeist“, sagte Ruh, „aber wenn Sie es so haben wollen — bitte.“ Bacher aber, der bisher ununterbrochen aufgeregt hin und her gerannt war, wuschte sich die Schweißtropfen vom beträchtlichen Haupte und setzte sich sofort an den Schreibtisch, um auch noch eine Erwiderung zu schreiben, die nun von Dienstag bis Montag auf ihre Veröffentlichung warten muß.

So oder so ähnlich könnte sich die geschilderte Szene abgespielt haben, die wir erfanden. Die § 19-Berichtigung aber langte wirklich bei uns ein, entspricht wirklich nicht dem Freigeist, ist aber zu bestlich, um im Papierkorb unterzugehen. Unser Urteil über das famose Blatt, das die Geschäfte der Reaktion besorgt, und über den noch famoseren Bacher, der als „freigeistlicher Demokrat“ gegen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht Sturm läßt, wagten und vermochten die Montagsblätter nicht zu „berichtigen“. Jedes Wort aus unserem Leitartikel und der Notiz „Der Bacher“ lassen Ruh und Bacher aufrecht stehen. Nur daß sich der Oscar Ruh den Ruh nicht nehmen läßt, daß er der Chef dieser traurigen Zeitung ist und daß diese „vollständig unabhängig“ sei. Dieser Waffens von der „Unabhängigkeit“ des „Montagsblattes“ reizt zum Vahren, los aber erst durch Ruhs Erzählungen über Bachers Bild

ganz ausgelöst wird. Herr Kub, Herr Bacher, seien Sie nicht böse: wir haben das Bild Bachers wirklich für sein Porträt gehalten, so glänzend fanden wir ihn getroffen. Und nun erfahren wir, daß es eine Karikatur ist. Da bitten wir also recht schon um Entschuldigung. Ueberhaupt, Herr Bacher, tun Sie uns jetzt nachträglich furchtbar leid. Die Arbeiter nahmen da vorgestern das „Montagsblatt“ in die Hand, dessen Leitartikel Sie sind, und fanden zu Ihrer Ueberraschung Ihre Karikatur darin ver, ohne daß es Ihnen der Herr Kub vorher verraten hätte. Er läßt Sie samt Ihrem Kampf um die Kriegsanleihe, läßt Ihre heiligsten Gefühle karikieren! Ein starkes Stück! Unser aufrichtiges Beileid. Die Leute machen mit Ihnen, was Sie wollen; unerschrocken! Denn wir glauben natürlich, daß Sie von allem nichts wußten, daß Sie, ohne es zu wissen, karikiert und im „Montagsblatt“ abgedruckt wurden. Und wer's nicht glaubt, zählt drei Kronen tschechoslowakischer Währung für den Kampffonds der demokratisch-freieitlichen Gegner des allgemeinen und direkten Wahlrechts und für die Gesellschaft zur Ausbeutung der „Vorseaner der Arbeit“.

Empfehlungsscheine für „bessere“ Schmuggler. Das Außenministerium hat, wie der „Nordböhmisches Volksbote“ meldet, an alle Stellen einen Erlaß herausgegeben, in welchem verboten wird, einzelnen Personen Empfehlungen an die Grenzrevisionorgane zu nachsichtiger Behandlung auszustellen. In dem Erlaß wird gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß auch ein Diplomatenpaß dem Besizer kein Recht auf Befreiung von der Zollrevision gibt. Dieser höchst merkwürdige Erlaß des Außenministeriums beweist durch das Verbot der Ausstellung von Empfehlungsscheinen, daß bisher solche Empfehlungsscheine tatsächlich ausgefolgt wurden. Der „Nordböhmisches Volksbote“ erinnert daran, daß in Bodenbad sogar gewisse Minister beim Schmuggel betreten wurden, ohne daß sich für sie daraus nachteilige Folgen ergeben hätten. Bei der „Hochkonjunktur“ des Grenzverkehrs nach Sachsen kamen mit jedem Zuge aus Dresden in Tetschen umfangreiche Reisefloßen an, die, ohne der Zollrevision unterzogen zu werden, immer als „Diplomatengepäck“ in den Wartesaal erster Klasse geschafft wurden. Fast täglich konnte man solche Diplomatenbagage feststellen und da es kaum anzunehmen ist, daß täglich irgendein Diplomat von Deutschland in Tetschen eintraf, so liegt die Vermutung nahe, daß es sich in diesem Falle um Personen handelte, die mit sogenannten „Empfehlungsscheinen“ ausgestattet waren. Nun scheint dem Außenministerium der Schwindel mit den Empfehlungsscheinen doch zu arg geworden zu sein, so daß es sich zu dem oben zitierten Erlaß entschloß. Ein dunkles Kapitel von Schmuggelaffären hat durch diesen Erlaß seinen Abschluß gefunden.

Unerschnittenes Vorgehen gegen Arbeitslose. In den Gemeinden bei Mährisch-Bischitz lieh der Bezirkshauptmann dieser Tage eine Verlautbarung kundmachen, in der die Bezirkshauptmannschaft von Weiskirchen das Sammeln von Fallholz, Schwämmen, Erdbeeren, sowie jeden Sraziergang in den Wäldern verbietet. Die Bevölkerung der Waldhöfer bei Mährisch-Bischitz, die durch die Wirtschaftskrise keine Erwerbsmöglichkeit besitzt, ist auf das Mäuben von Fallholz und insbesondere Schwämmen angewiesen, da sie durch den Erlaß für Schwämme eine ihrer wenigen Geldeinnahmen erzielt. Das Verbot der Bezirkshauptmannschaft, in den Wäldern, die dem Fürsten Althan aus Leibnitz gehören, Reispig oder Schwämme zu sammeln, ist unerschöpflich brutal, da es der arbeitlosen Bevölkerung die letzte Verdienstmöglichkeit nimmt.

Aus der „höheren“ Schweiz. Von ärztlicher Seite wird der Teplitz-„Freiheit“ geschrieben: Vom alten Oesterreich übernahm die tschechoslowakische Republik wie so manches andere die gut eingerichtete staatliche Impfstoffgewinnungsanstalt in Reuhaus, ein Institut, das zur Bekämpfung der Blatterngeschwulst von großer Bedeutung ist. Man sollte meinen, daß eine solche Anstalt sich von jedem Sprachenspreit, von jedem Chauvinismus fernhalten sollte. Aber weit gefehlt. Wichtiger als die Bekämpfung der Blatterngeschwulst erscheint der Leitung der Anstalt die Notwendigkeit zur höheren Ehre der tschechischen Kultur mit den Ärzten der Republik nur in tschechischer Staatsprache zu verkehren. Alle Zuschriften deutscher Ärzte werden nur tschechisch beantwortet; alle Druckformulare dieses staatlichen Institutes, Rechnungen und Erlagscheine sind nur tschechisch. Es ist noch gnädig, daß die Anstalt deutschen Ärzten gegen Geld Impfstoff zu privaten Impfungen liefert, wenn er in deutscher Schrift verlangt wird. Die Herren in Reuhaus scheinen gar nicht zu wissen, daß sie auch auf die Mitarbeit der nichttschechischen Ärzte der Republik angewiesen sind, wenn das Institut seine Aufgabe im Staate erfüllen soll.

Die Kreuzelinserate der Wiener Presse. Aus Wien wird uns gemeldet: Der Oberste Gerichtshof in Wien hatte sich gestern mit den sogenannten Kreuzelinseraten der bürgerlichen Presse zu befassen. Die zweite Instanz hatte nämlich die Bezeichnung der Inserate mit einem bloßen Kreuz als zulässig erklärt. Der Oberste Gerichtshof hat dagegen heute auf Grund einer Nichtkeitsbeschwerde, die der Generalanwalt zur Wahrung des Gesetzes eingebracht hatte, entschieden, daß die Bezeichnung der Inserate mit einem Kreuz nicht genüge.

Ordentliche Bundesversammlung des Arbeiter-Abstinenzbundes in der tschechoslowakischen Republik. Am 15. d. tagte im Sitzungssaal der Bezirkskranienklinik in Teplitz-Schönau die ordentliche Bundesversammlung des Arbeiterabstinenzbundes, bei der die meisten Ortsgruppen durch Delegierte vertreten waren. Die Versammlung fand unter Vorsitz des Genossen Abg. Dr. Solitscher statt. Den Tätigkeitsbericht erstattete G. Dr. Kleim in Prag; es ging daraus hervor, daß der Bund im abgelaufenen Jahre eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet hat. Es wurden mehrere Lichtbilderreihen angeschafft, Ausstellungen veranstaltet, Vorträge in einer Reihe von Orten abgehalten, aufklärende Bücher, Schriften, Merkblätter und Flugzettel angekauft und zur Verberätigkeit verwendet. Eine Reihe von neuen Ortsgruppen in Haida, Graupen, Karlsbad, Judmannel-Byhanen wurden gegründet, einige weitere werden in kürzester Zeit ins Leben treten. Auch der Rassebericht lautete durchaus zufriedenstellend. Unter den gefaßten Beschlüssen ist wohl der wichtigste der, den Sitz des Bundes von Prag nach Teplitz-Schönau zu verlegen; es ist sicher, daß Tätigkeit und Wirksamkeit des Bundes dadurch bedeutend gewinnen werden. Weitere Beschlüsse wurden bezüglich der Bundeszeitschrift und einiger notwendiger Änderungen der Satzungen gefaßt. Bei der Besprechung der zunächst zu entfaltenden Tätigkeit wurde von allen Seiten auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, dem Alkoholverkauf durch die Konsumvereine entgegenzutreten. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, die ihm zweckmäßig erscheinenden Schritte zu unternehmen, um diesem Uebel abzuhelfen. Bei der Neuwahl der Amtswalter wurde Dr. Holitscher wieder zum Vorsitzenden gewählt, in den Vorstand wurden entsendet: Hofbauer-Teplitz, Dr. Klein-Prag, Dr. Decht-Prag, Rüdell-Teplitz (als Schrift- und Geschäftsführer), Dr. Lieben-Turn, D. Paul-Teplitz, Frau Hirsch-Turn, Frau Deutsch-Prag, als

Stellvertreter: Dr. Bloch-Brünn, Dobry-Turn, Stolz-Prag. In die Kontrolle wurden gewählt: Viel Jippe-Haida, Topauer-Karlsbad, Schneider-Graupen. Der Monatsbeitrag, für den auch die alle zwei Monate erscheinende Vereinszeitschrift (der Wiener „Abstinenz“) geliefert wird, beträgt für Erwachsene 1 K, für Jugendliche 50 h; als Jugendlische wird das Mitglied betrachtet, wenn es das 20. Lebensjahr noch nicht überschritten hat und einer proletarischen Organisation angehört. Anfragen und Meldungen sind von nun an zu richten an Genossen Rudolf K u d l, Teplitz-Schönau, Theresienstraße 18.

Ein Jugendberufshaus für den Bezirk Bilitz. Nach dem Vorschlag der Deutschen Bezirksjugendfürsorge in Bilitz soll für diesen Bezirk ein Jugendberufshaus geschaffen werden. Da unter dem Wohnungselend und der Unterernährung ganz besonders die heranwachsende Jugend leidet, fand der Vorschlag zur Errichtung eines solchen Erholungsheimes lebhafteste Zustimmung. Durch freiwillige Spenden ist bereits ein Betrag von rund 50.000 Kronen aufgebracht worden. Unter Mithilfe der Stadt und des Bezirkes soll nun auf einem schönen Fleck Erde ein Erholungsheim geschaffen werden, in dem in den Sommermonaten 30 bis 40 Kinder untergebracht werden können. Auch während der übrigen Jahreszeit soll das Heim in Benützung bleiben, doch wird es sich da um eine geringere Zahl Kinder handeln. Die Gemeinde Rotauget hat in schöner Lage den erforderlichen Baugrund unentgeltlich zur Verfügung gestellt, auf dem inmitten des Waldes in einer Seehöhe von über 500 Metern sich der Bau erheben wird. Der Bürgermeister von Bilitz, Genosse W a g n e r, und der Geschäftsführer der deutschen Jugendfürsorge, Oberlehrer T h e i m e r, haben in der vergangenen Woche auch beim Minister Sabinan vorgeschrieben, der in Würdigung der Sachlage einen Betrag von 90.000 K zuplatte. Die Kosten werden sich allerdings auf 250.000 Kronen stellen; doch hofft man durch freiwillige Spenden die übrigen Beträge aufzubringen. Die städtischen Angehörigen von Bilitz haben sich bereits beispielgebend bereit erklärt, für jede Gehaltskronen einen Heller diesem Zwecke beizusteuern und es ist zu erwarten, daß auch die übrigen Beamten und Angestellten dieses Beispiel befolgen werden. Eine Vollversammlung der Bezirksjugendfürsorge am Sonntag stimmt den Referaten des Herrn Theimer und des Bürgermeisters Genossen Wagner über die Errichtung des Jugendberufshauses einstimmig zu und übertrug die weitere Ausführung einem engeren Ausschuß.

Unerforschlichkeit im Weichstuhle. Unser Salzburger Bruderblatt, die „Volkswacht“, berichtet über folgenden unerhörten Vorfall: Als eine Frau in der Stiftspfarrkirche in H e r z o g e n b u r g zur Osterfeier beim Dechant Anton Rudolf erschien und erklärte, ihr sei nicht bewußt, bedeutende Sünden begangen zu haben, ging der Weichstuhler mit ihr die zehn Gebote durch und kam so auch auf das sechste Gebot. Der Dechant fragte nun, wieviel Kinder sie habe. Auf die Antwort der Frau, daß sie zwei Kinder habe, meinte er, daß dies für die lange Zeit ihrer Ehe viel zu wenig sei und er wollte unbedingt wissen, wie ihr Mann dies anstelle, daß sie nicht mehr Kinder bekomme! Als der Dechant nicht aufhörte, sie darum zu fragen, rief die Frau aus: „Hochwürden, das gehört nicht in den Weichstuhle, da suchen Sie sich ein junges Mädel und keine verheiratete Frau aus.“ Der Pfarrer antwortete ganz seelenruhig: „Das werde ich nach dreißigjährigem Studium besser verstehen, was in den Weichstuhle gehört.“ Die Frau verließ daraufhin sofort den Weichstuhle. Da wundern sich die Herrschaften, daß immer mehr Leute der Kirche den Rücken kehren.

Eine Erdbeere um 500 Mark. In Berlin sind dieser Tage als Vorbote des nahenden Sommers Erdbeeren zum Verlaufe angeboten worden, die aus den Gärtnereien im Süden von Berlin stammen. Diese seltene Delikatesse wird in kleinen Kartonschachteln zu zwölf Stück verkauft. Da diese Kartonschachteln 7000 Mark kosten, so stellt sich eine einzige Erdbeere auf 500 Mark.

16 Millionen Lustbarkeitssteuer in Prag. Im Vorjahre wurden in ganz Prag insgesamt 15.958.000 Kronen an Lustbarkeitssteuer eingenommen. Die innere Stadt Prag brachte an Lustbarkeitssteuer etwas über zehn Millionen ein, das Variété in Karolinenthal trug allein fast einsehhalb Millionen. In Weinberge und Wschonow — dort befindet sich der Prager Vergnügungspark „Eben“ — wurden 766.480 Kronen, in Smichow über 600.000, in Ziklow über 550.000 Kronen eingenommen. Eine große Lustbarkeitssteuer weist auch Bubentisch mit seinen Sportplätzen, nämlich 588.304 Kronen, auf. Von den übrigen Gemeinden Groß-Prags weist nur noch Rusle einen großen Betrag — über 330.000 K — auf.

Beerdigung eines Scheintoten. In Großwardein starzte der pensionierte Postbeamte Johann Mosar auf der Straße zusammen. Der ärztliche Besund lautete: an Herzschlag gestorben. Der Totenschauer bestätigte dies, worauf der Postbeamte beerdigt wurde. Tags darauf wurde neben dem Grabe des Postbeamten ein neues Grab geschloffen, wobei die Totengräber Klopfen und Hämmer aus dem benachbarten noch nicht geschloffenen Grabe hörten. Anstatt den Sarg sofort zu öffnen, ließen sie zum Friedhofwächter, dieser zum städtischen Arzt. Endlich wurde eine Kommission entsandt, die den Sarg öffnen ließ. Der Unglückliche war jetzt wirklich tot; er lag im Sarge auf dem Baudche, man sah die untrübsamen Spuren seiner vergeblichen Anstrengungen, den Sarg zu sprengen; die Arme waren gerissen und der linke Arm blutig geblieben.

Die Ausbreitung der Bismartratte. In der letzten Zeit sind im Elbtal Bismartratten aufgetaucht. Sie wurden namentlich bei der Talsperre an der Straße von Großprießen nach Proboisch und auf dem Wege von Radaun nach Wegstädtl im Bezirke Leitmeritz bemerkt, wo vergangene Woche ein Bauer von einer Bismartratte angefallen und gebissen wurde. Die Ratte sprang, wie wir bereits berichteten, mehrermale an dem Bauer empor und es entspann sich ein regelrechter Kampf, bis es dem Ueberfallenen schließlich gelang, das Tier mit seinem Stod zu Boden zu schlagen. Auch anderen Orts hat sich ein solcher Angriff ereignet. Aus Westböhmen wird gemeldet, daß durch das starke Auftreten der Bismartratte in den dortigen Gegenden die Fische aus den Bächen verdrängt sind. Es gibt weite, ebendam fischreiche Bachstreden, die jetzt vollkommen fischleer sind.

Störung in der Prager Lichtzentrale. Gestern um viertel 3 Uhr nachmittags trat in der Holschowitzergasse die Lichtzentrale in Prag beim Generator VIII. der für 12.000 HP bestimmt ist, Kurzschluß ein. Dadurch wurden auch die übrigen Maschinen außer Betrieb gesetzt und es mußte die gesamte Stromabgabe für Prag eingestellt werden. Nach der Einschaltung von Reservemaschinen konnte die Stromabgabe um halb 6 Uhr wieder aufgenommen werden. Während der Störung ruhte der Straßenbahnverkehr und auch verschiedene Abendzeitungen konnten nicht erscheinen.

Eine Liebhaberin von „Tutanlamen“-Stoffen. Am Seidenhaus Weich in Prag bemerkte man seit einigen Tagen, daß sogenannter „Tutanlamen“-Seidenstoff entwendet werde. Endlich gelang es der Polizei, als Täterin die bekannte Ledendiebin Antonie F a r a b a u e r festzunehmen, die mit Hilfe der Buchbindergehilfin Josefine B u l e die Diebstähle durchführte. Beide wurden verhaftet.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (43)

Ich bin vor den Menschen zu lang' gestochen, bin zu weit weggekommen, und muß nun mühsam wieder einen Weg zu ihnen suchen. . . Daher meine Wut, meine Launen, mein unangenehmes Wesen, das dir so schwere Stunden macht. . . Es ist oft unerträglich, Luise, mit allen Hasern nach Menschen zu verlangen und sie doch abstoßen müssen. . . Was hilft es, daß ich die Menschheit liebe und meine ganze Kraft in ihren Dienst geben will, wenn ich die Menschen nicht ertragen kann? . . . Man hat das Ganze nur, wenn man den kleinsten Teil hat. . .
Selten schloß sich Ernst auf. Er tat alles für sich ab und gönnte keiner Seele Zutritt. Die schwere und störende vorgebrachte Rede ergriff Luise darum sehr. Sie legte seinen Arm still um ihre Schulter und drückte das Haar gegen seine Augen.

„Du mußt mir alles sagen, Ernst. . . Ich hab' doch ein Recht darauf, denn nun sind wir doch einmal beisammen und müssen zusammen tragen. . . Warum willst du denn immer alles allein tragen? . . . Das ist bitter für mich. . . Nicht, daß du es trägst, sondern, weil du es allein trägst und tragen willst. . . Vertrauen muß doch sein, und wo Vertrauen ist, ist auch Kraft. . . Ich kann dir vielleicht nicht sagen, wie du das oder das am leichtesten trägst. . . Aber ich habe doch auch zwei Schultern. . . So dumm, wie du glaubst, bin ich auch nicht. . .“
Ernst wog mit sanftem Zug Luises Kopf näher heran.

„Das habe ich immer gewußt, tapfer und aufrecht bist du Luise, die einzige für mich mögliche Frau, mag es hundertmal anders scheinen. Ganz recht: ich hab' dich eine Reittang für dumm genommen, wie ich alle Menschen für dumm

nehme, weil ich eben ein maßlos eingebildeter Affe bin. . . Es hilft aber nichts, daß ich weiß, wie eingebildet ich bin. . . Denn hätte ich diese Einbildung nicht, wo wäre ich heut wohl? . . . Ich muß das Gefühl haben, allen Menschen weit überlegen zu sein. Sonst ist alles aus und vorbei. Ich leiste nur etwas mit dem Bewußtsein: ein anderer kann das nicht. . . Nimm mir dieses Bewußtsein, und du nimmst mir den Willen und jede Kraft zur Leistung. . .“

„Ganz versteh ich das nicht. . . Es leuchtet mir ein, daß, wer etwas ist, auch etwas von sich hält. . . Aber muß man das durch schroffes, wegweisendes Benehmen gegen die anderen Menschen zeigen, die doch auch nichts dafür können, daß sie eben anders sind? . . . Du denkst wohl doch zuviel und machst dir alles schwerer, als es wirklich ist. . .“

Die ruhige, bedachtame Art Luises, seinen Gedanken nachzugehen, regte Ernst zu weiterem Reden an. Er war seit langem nicht mehr so umgänglich und mittelam gewesen.

„Das ist es ja, was mir heillos zu schaffen macht. . . Sich selbst nichts vergeben und doch auch die Rechte der anderen achten. . . Den Ausgleich muß ich finden, dann wird alles gut. Mit dir will ich jetzt anfangen. Du hast den ersten Anspruch, weil du auf mich angewiesen bist, wie auch ich mich mit dir zu stellen habe. . . Daß alles gut wird, ausgesprochen sogar, weiß ich sicher. . . Mein Gefühl irrt nicht. Wir leben bald ein schöneres Leben und ziehen nicht mehr länger an verschiedenen Strängen. . . Ich hab' heut solche Lust, kopfzustecken, in die Luft zu springen, mich im Gras zu wälzen. . . zu tanzen. . . Tanzen! Hast du als Mädchen viel getanzt?“

Luise zuckte überrascht auf und wendete ihr Gesicht voll dem seltsamen Prager zu.

„Tanzen! . . . Herrlich, herrlich! . . . Ich hab' als Mädchen so gern getanzt, sehr gern. . .“

Du. . . wir haben doch noch nie zusammen getanzt. . .“

„Rein, Luise, ich kann mich nicht erinnern. . . Ich hab' in meinem Leben niemals getanzt, als junger Mensch nicht, nicht als Soldat, und seitdem auch nicht. . . Immer nur im Strang gezogen. . . Ich muß wohl zu plump sein. Mein Fuß ist zu schwer und auch gar nicht an den glatten Boden gewöhnt. . . Ist Tanzen wohl schön, sehr schön, Luise?“

Luise war aufgesprungen. Rasch, federnd, biegsam. . . Die Arme über dem Kopf verschrankt, stand sie lächelnd vor Ernst. Er schaute träumend auf das junge Weib, das strahlend und leicht aufgeredet, die runden Hüften wiegte. Ein neuer, nie gekannter Reiz webte um Luise. In den Gliedern spielte schmeichelnde Kraft. Die Freude rieselte über das halb verbunkelte Antlitz. Erinnerung der Jugend, mädchenhafter Wunsch streckten schamhaft die Hände nach ihm aus.

„Wollen wir versuchen, Ernst? . . . Es ist leicht, ein Andernspiel, das Tanzen. . .“

Ernst erhob sich jäh. Die strengen Züge waren weich und Ioder, und die tiefen Falten der Nasenwurzel glatt und spurlos verschwunden. Seine Arme schlangen sich um Luises Leib, die neckisch rückwärts schritt und langsam zu walzen begann.

Weiß und groß fiel der Mond durchs Fenster. Er legte eine breite Silberbahn quer über das Zimmer und auf diesem kostbaren Teppich drehte sich das Paar Eng umschlungen glitten sie rechts und links aus der lichten Bahn, und schritten doch immer wieder auf den silbernen Plan zurück. Luise hatte die Augen geschlossen; um den vollen Mund lag glückseliges Lächeln. Ernst schaute mit großen, weiten Augen an Luises Ohr vorbei. Sie schwebten weich, hingegeben, eins im anderen versunken, durch das Zimmer, hinaus, hinaus, und das Mondlicht plätscherte melodisch auf die Diel. . .

Die große Wolke.

Ernst dachte an diesen Tanz im mondbegeleiteten Zimmer froh und leichtblütig. Es war doch herrlich gewesen, ganz unbeschwert, gewichtlos, über sich hinaus gehoben. Luise war aufgeblüht wie eine Blume am Morgen. Ihre Bewegungen waren gelöst, die Augen glänzend, durch die Stimme brach ein Glanz von Freude und Lust am Leben. Und er? . . . Die harten Knoten, von den Jahren geknüpft, gingen langsam, sehr langsam auf, einer um den anderen. Ernst hielt den Kopf hoch, Blick und Ausdruck wurden freier, und ein Schimmer von Blut trat in die Wangen. Das verlorene Leben kam ins Licht. Er blieb mehr um Luise, plauderte von Vergangenheit und Zukunft, und hörte leidlich aufmerksam zu, wenn Luise von den bescheidenen Freuden ihres Tages sprach. Die schönen Sommer Tage sondeten sie mit dem Kind draußen. Die Hängematte flog zwischen Bäumen, Sonnenflecken hüpfen auf Kleid und Gesicht, und der Wind wehte Luises braunes Haar in die hellen, silberweißen Strähnen „Fröschles“. Das Kind huschte nach Sonnenschein, Fuchsen entquoll dem jungen Blut. Sie beugten sich lächelnd auf die unschuldig reine Lust, und ihre Hände fanden sich. . .

Die Schiffe von Zwijewo peitschten in diese friedliche Abendzeit. Der Hall schwoff tosend durch die Welt. Ernst hörte das drohende Anschwellen, hörte die unterirdisch grosse Zeit, die sich klirrend von Eric, und glaubte doch so wenig, wie alle Menschen, an Krieg. . . Aufstrebende Tage für die Zeitung. . . Das einleitende Spiel der Diplomatie hielt Nerven und Atem in Spannung. Auf den Tischen häuften sich die Meldungen, die Fernsprecher rasselten dauernd, die Luft surrte und summete von Gerüchten und Hoffnungen, von Wünschen und Befürchtungen.

(Fortsetzung folgt)

Kleine Chronik.

Grubenkatastrophe in Südafrika.

100 Eingeborene verschüttet.

Johannesburg, 16. April. (Reuter.) Beim Einsturz in der Grube in Randfontein wurden etwa 100 Eingeborene unter den Trümmern begraben. Bisher wurden fünfzehn Leichen geborgen.

Großes Eisenbahnunglück in Westpotamien.

London, 17. April. „Times“ meldet aus Bagdad: Ein aus Passagier- und Güterwagen zusammengesetzter Zug, der am Donnerstagabend Bagdad verließ, ist am Samstag früh 80 Km. nördlich von Basra in einen heftigen Regensturm geraten. Eine Eisenbahnbrücke stürzte in dem Augenblicke ein, als der erste Teil des Zuges bereits darüber hinweg war. 20 Passagier- und Güterwagen wurden vernichtet, eine Anzahl von eingeborenen Soldaten verwundet und mehrere getötet. Von den übrigen Passagieren wurden sechs verwundet.

Neun Schulkinder erbrannt. Aus Sacramento meldet Reuter: Bei dem Brande einer Schule sind neun Kinder verbrannt. (Sacramento ist die Hauptstadt des nordamerikanischen Staates Kalifornien).

Rattenvergiftung in Hefen. In den Hefen, die besonders unter der Rattenplage zu leiden haben, gehört Marseille. Da die Ratten außer dem Schaden, den sie jährlich anrichten, auch Verbreiter der Pest sind, hat man ihnen in Marseille eine Abwehrorganisation entgegengestellt, die in großartiger Weise auf die Vernichtung der Ratten ausgeht. Da findet man Rattenannahmestellen fast in allen Vierteln, wo die Rattenzüge ihre Beute gegen eine Abschuhprämie von 25-50 Cents per Stück abliefern. Bei der Rattenannahmestelle werden die Rattenschwänze abgeschnitten und mit einem Zettel versehen, aus welchem der Ort, in welchem das Tier erlegt wurde, genau hervorgeht; jede zehnte Ratte wird auf Pestbazillen untersucht. Dem Gesundheitsamt steht zu diesem Zwecke ein erfahrener Beamter bei. Findet man die unheimlichen Bazillen bei einem Tiere, so wird an Hand der Begleitzettel festgestellt, wo das Tier gefunden wurde. Dort werden alle Sicherungen gegen die Ausbreitung der Pest getroffen.

Hebel beraten war der Verband der nordamerikanischen Ärzte, als er auf einstimmigen Beschluß, aber in grober Unkenntnis der Mythologie statt des Askulapstabes, des Nosophischen Symbols der ärztlichen Kunst, den Merkur- oder Heroldstab zum Bundesemblem erwählte. Die mythologisch schlecht unterrichteten amerikanischen Ärzte glaubten es bei diesem mit dem Askulapstab zu tun zu haben, von dem sich der Merkurstab schon ansehnlich klar unterscheidet. Denn das Abzeichen der ärztlichen Kunst ist, wie die Nosophische Statue des Asklepios im Vatikanischen Museum in Rom zeigt, eine Schlange, die sich um einen Stab ringelt, während der von den amerikanischen Ärzten zum Bundesemblem erwählte Merkurstab zwei mit den Köpfen verschlungene Schlangen aufweist, die sich um einen Stab ringeln, dessen Spitze zwei Flügel krönen. Er ist das allbekannte Abzeichen des Merkur und deshalb bis heutigentags das Sinnbild des Handels geblieben. Wenn überhaupt ein Zweifel über die Verschiedenheit der beiden Stababzeichen bestünde, so würde diesen Zweifel das ebenfalls im Vatikanischen Museum befindliche Basrelief beseitigen, das den kranken Merkur zeigt, der von Hippokrates ärztliche Hilfe erbittet. Der Gott trägt auch hier den Stab mit den beiden Schlangen, während der in der Hand des Hippokrates befindliche Stab nur eine Schlange zeigt. Die amerikanischen Ärzte haben demnach offensichtlich den Gott der Kaufleute zu ihrem Schutzpatron ertoren, was gewiß nicht in ihrer Absicht gelegen ist.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Das Arbeitslosenend im Schlucknauer Gebiet.

Im Gerichtsbezirk Schludenau sind rund 2650 Arbeitslose, welche Unterstützungen beziehen, und etwa 1550 Arbeiter, die nicht unterstützt werden. Im Hainzspacher Gerichtsbezirk gibt es mehr als vierausend Arbeitslose, von welchen nur 3200 die Arbeitslosenunterstützung erhalten. Im Gebiete der Bezirkshauptmannschaft Schludenau sind daher weit über achttausend Arbeitslose, davon fast ein Drittel Nichtunterstützte. Ein Großteil dieser Bedauernswerten, insbesondere jene in Großwäldern, Nieder- und in den benachbarten sächsischen Industrieorten vorübergehend Arbeit gefunden. Infolge der in Deutschland einsetzenden Industriekrise sind sie arbeitslos geworden und kommen nun in Scharen in ihr Heimatgebiet, so daß sie das Meer der dortigen Arbeitslosen bedeutend vermehren. Durch das unbegreiflich unsoziale Vorgehen der politischen Bezirksverwaltung wird die furchtbare Notlage der Arbeitslosen noch verschärft, andererseits sind die autonomen Bezirksverwaltungen und Gemeinden in Folge der Steuerfurchen der Besitzenden und oft durch die eigene Gleichgültigkeit nicht in der Lage, die größte Not zu lindern. Die Ausschreibung aller Arbeiter, die ihr langes Brot nicht in den Industriebetrieben gefunden haben, die vom Ministerialrat Rosenkranz bestimmt

wurden, und die Ausschreibung aller jugendlichen Personen, deren Väter noch einen Verdienst haben — gleichgültig in welcher Höhe und ob sie noch andere Verpflichtungen gegen Familienangehörige erfüllen — sind Härten, die die Arbeitslosen zur Verzweiflung treiben müssen und die unsere soziale Fürsorge mit Schand und Schande belasten. Am vorigen Donnerstag fand in Schludenau eine vom Gewerkschaftsrat der freien Gewerkschaften einberufene Versammlung statt, in der Genosse Thiele aus Wärsdorf sprach. Die Versammlung beschloß eine Resolution, in der folgende Forderungen erhoben werden: 1. Die Auswechslung der Arbeiterschaft in Betrieben, in welchen gearbeitet wird, damit Ausschreibungen von Unterstützungsberechtigten möglichst vermieden werden. 2. Die sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten durch die Gemeinden und autonomen Bezirksverwaltungen. 3. Eine liberale Handhabung des Gesetzes über die Arbeitslosenfürsorge durch die politische Bezirksverwaltung. — Diese Forderungen stellen das Minimum dessen dar, was die Arbeitslosen von den öffentlichen Körperschaften zu verlangen berechtigt sind. Angesichts der furchtbaren Notlage und der Not der Arbeitslosen, welche mit ihren Familien dreißig Prozent der Gesamtbevölkerung des Bezirkes bilden, ist es dringend notwendig, daß sich alle verantwortlichen Faktoren dieses furchtbaren Elends bewußt werden und nicht zu spät Abhilfe schaffen. Die Versammlung ist eine erste Mahnung an das Gewissen aller, die es angeht. Ein längeres Zuwarten und Zusehen in einer Zeit, da die Verzweiflung dieser Menschen nur mit größter Mühe vor Ausbrüchen zurückgehalten werden kann, könnte von furchtbaren Folgen sein. Vor allem müßte die Notlage und die Erregung der Arbeitslosen den Leiter unserer sozialen Fürsorge, der vorgibt, ein Sozialdemokrat zu sein, zu raschen Entschlüssen veranlassen.

An die Betriebsausschüsse und Betriebsvertrauensmänner der Brauereiarbeiterschaft in Böhmen! Die Leitung der Genossenschaftsbrauerei in Pilsen hat den Mitgliedern des Betriebsausschusses eine Erklärung folgenden Inhaltes zur Unterschrift vorgelegt: „Wir erklären hiermit, daß wir mit der Umgruppierung in die zweite Lohnkategorie laut Kollektivvertrag vom 28. März 1922 einverstanden sind, und daß wir die Zustimmung geben, daß der Arbeiterschaft im Lagerkeller, Gärkeller und Sudhaus im solchen Falle sechs Prozent abgezogen werden, im ganzen also achtzehn Prozent, und bei der übrigen Arbeiterschaft acht Prozent, das sind im ganzen zwanzig Prozent von den Grundlöhnen vom 28. März 1922. Außerdem sind wir mit der Vorschreibung einverstanden, daß die bisherigen zehn Prozent für die Nachschicht als Zuschlag wegfallen werden. Wer durch seine eigenhändige Unterschrift nicht seine Zustimmung dazu gibt, wird als entlassen betrachtet. Auch von anderen Brauereiarbeitern laufen Berichte ein, daß der Arbeiterschaft besondere vorgeschriebene Erklärungen aufzuzwingen werden, und ihr mit der Entlassung gedroht wird, wenn sie diese nicht unterfertigen. Es ist daher notwendig, daß sich die gesamte Brauereiarbeiterschaft solidarisch wie ein Mann hinter ihre Vertrauensmänner stellt und ihre Zustimmung zur Lohnreduzierung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen versagt, die die Arbeitgeberorganisation, ohne ein Einverständnis mit der Arbeiterschaft zu suchen, der Arbeiterschaft diktiert will. Insbesondere seien die Brauereiarbeiter davor gewarnt, irgendwelche Erklärungen zu unterfertigen. Die Weisungen, die an die Arbeiterschaft ergingen, müssen streng beachtet werden! Es ist dringend notwendig, daß jede Forderung mit der Entlassung oder jeder ähnliche Terror, den die Betriebsleitungen versuchen, dem Zentralsekretariate der Gewerkschaftsorganisationen sofort bekanntgegeben werden.“

Betriebsausschuwahlen. In den Mannesmannwerken in Komotau fanden Samstag die Betriebsausschuwahlen statt. Von 1267 Wählern wurden 1226 gültige Stimmen abgegeben. Gewählt wurden vier Sozialdemokraten, sechs Kommunisten und zwei Gelbe. Bei den Betriebsausschuwahlen im Vorjahre haben die Kommunisten durch ihre unsinnige Parole der Wahlenthaltung den Gelben zu einem Wahlerfolg verholfen. Diesmal haben sie ohne Rücksicht auf ihre sonstigen Einheitsfrontparolen den Kandidaten des internationalen Metallarbeiterverbandes eine sogenannte „allgewerkschaftliche“ Liste gegenübergestellt. In dem Wahlergebnis ist der Wille eines großen Teiles der Belegschaft ausgedrückt, einmal den unentwegt radikalen Kritikern die Verantwortung zu übertragen, nach der sie in ihren papierernen Parolen so gelehrt haben. Auf die radikalen Laten, die nun folgen müssen, sind mit den kommunistischen Wählern auch wir neugierig. Ein erfreuliches Ergebnis ist die Niederlage der Gelben, deren Position im Betriebsausschusse trotz aller Siegeshoffnungen und trotz der eifrigen Förderung durch die Direktion wesentlich geschwächt wurde. Man erkennt auch hier, wie sehr die Gelben auf die direkte oder indirekte Unterstützung durch die Kommunisten angewiesen sind.

Diese ist die dritte Bank . . . Die Bodenbank beruft für den 30. April eine außerordentliche Vollversammlung ein, auf deren Tagesordnung der Antrag auf „Liquidierung“ der Anstalt und die Wahl von fünf Liquidatoren steht. „Liquidiert“ haben bekanntlich auch die „Moraviska Slejzka banka“ und die „Bohemia“ Bank, nur waren diese aufrichtiger und gestanden: „wir sind verkracht“.

Fette Reingewinne. Zu der Reihe jener Banken, denen die Wirtschaftskrise und die Not der Bevölkerung vortrefflich angefallen hat, gesellen sich heute wieder zwei Institute. Die „Böhmische Kommerzbank“ teilt ihren glücklichen Aktionären mit, daß ihr Reingewinn im abgelaufenen Jahre die nette Höhe von 13.700.000 Kronen erreicht hat. Sie ist daher in der Lage, ihren Aktionären eine neunprozentige Dividende, das sind 18 Kronen, auszuzahlen. — Die „Prager Kreditbank“, die entweder mehr Glück oder deren Kunden weniger Verstand hatten, brachte es auf einen noch größeren Reingewinn, und zwar auf 21.666.000 Kronen, wozu noch 1.776.000 Kronen hinzukommen, die abgeschrieben wurden. Unter den Industriebetrieben, an denen beide Banken beteiligt sind, gibt es mehr als ein halbes Duzend Zuckerraffinerien, aus deren Geschäftsergebnissen nicht unbedeutliche Summen zu der Reingewinnhöhe, die die Banken ausweisen, geflossen ist. Die Nutznießer jeder, auch der kleinsten Zuckerverfeinerung sind daher auch die Banken.

Tschchoslowakisch-holländischer Handelsvertrag. Der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Handelsvertrag mit Holland, der am 20. Jänner unterschrieben worden ist, vorgelegt. Der Vertrag ist auf der Grundlage der Meistbegünstigung aufgebaut. Das gilt nicht nur für das holländische Gebiet in Europa, sondern auch für alle holländischen Kolonien.

Neue Versicherungsgesellschaften. Wie gemeldet wird, sind zwei neue deutschböhmische Versicherungsanstalten gegründet worden, und zwar die Elbe-Schadenversicherungs A.-G. und die Elbe-Lebensversicherungs A.-G. Die beiden Gesellschaften werden alle Versicherungsbranchen betreiben.

Schneiderei in Paris. Wegen Lohnforderungen sind die Arbeiter und Arbeiterinnen der größten Firmen des Pariser Schneidergewerbes in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf über 5000 Vesteilte. Es ist mit einer weiteren Ausdehnung der Streikbewegung auf die nahverwandten Branchen zu rechnen. Zuzug fremder Schneider ist strengstens hintanzuhalten.

Wiederbelebung der russischen Ausfuhr. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Presse erklärte Krasin, die Sowjetregierung habe die feste Absicht, die Ausfuhr von Produkten in weitem Ausmaße in diesem Jahre wieder aufzunehmen. Er verwies auf die engen Beziehungen der Ausfuhr und der Lebensinteressen der russischen Landwirtschaft sowie des gesamten russischen Wirtschaftssystems. Er teilte mit, daß die gesamten Ausfuhroperationen in den Händen der Regierung und nicht in jenen ausländischer Exporteure konzentriert sein werden. Uebrigens schließe das Staatsmonopol keineswegs die Teilnahme ausländischen Kapitals an Exporten unter der Bedingung einesmäßigen Gewinnes aus. Es ist eine neue Aktiengesellschaft für die Ausfuhr von Produkten gegründet worden.

Vor einem Staatsbeamtenstreik in Norwegen. In Norwegen droht mit Anfang Mai ein Streik der Staatsbeamten auszubrechen, der seinen Ursprung in Regierungsvorschlägen bezüglich der Steuerumlagen hat, die von dem Gewerkschaftsausschuh der Staatsangestellten abgelehnt wurden.

Prager Kurie am 17. April.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1345.00	1349.00
10.000 Mark	15.75.00	16.75.00
100 belg. Franken . . .	197.25	198.75
100 schweiz. Frank . . .	613.75	616.25
1 Pfund Sterling . . .	158.75	160.25
100 Lire	170.25	171.75
1 Dollar	34.20.00	34.90.00
100 franz. Franken . . .	228.25	229.75
100 Dinar	35.50.30	36.00.00
1000 maabar. Kronen . .	78.0.00	81.0.00
10.000 poln. Mark . . .	7.65.00	8.6.00
10.000 österr. Kronen . .	4.63.50	5.13.50

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angelegentlichsten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Stadt- und Dorfgemeinde fordern

die Beantwortung einer Umfrage von Verwaltungsfragen. Road's Taschenbuch für Kommunalpolitiker bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Volksliste bei der

Buchhandlung Freiheit Tschischonau Theresienstraße 18.

Inzerieren Sie im Sozialdemokrat !!

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:
Zürich Schw. Frank 16.42.50
Berlin Mark 63.4.00
Wien österr. Kr. 2125.00

Züricher Schlusskurie am 17. April.

	Geld	Ware
Paris	36.50.00	36.70.00
London	25.71.00	25.74.50
Berlin	0.02.59.00	0.02.61.00
Mailand	27.22.50	27.27.50
Holland	215.00	216.40
Wien	0.00.77.00	0.01.77.50
Budapest	0.12.00	0.12.50
Frankfurt	16.40.00	16.45.00
New York	5.52.00	5.53.50
Belgrad	5.55.00	5.55.00
Warschau	001.25.00	01.35.00
Wien gel.	0.00.00	0.00.00

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Graslitz. Die am vergangenen Sonntag in Graslitz stattgefundene Bezirkskonferenz war von 45 Delegierten besucht. Zum ersten Punkte der Tagesordnung „Durchführung der Beschlüsse des Reichsausschusses“ referierte der als Vertreter der Kreisorganisation erschienene Abg. Genosse Hillebrand. Die Beschlüsse des Reichsausschusses wurden zur Kenntnis genommen und es verpflichteten sich die Vertreter der Organisationen, diese Beschlüsse raschest durchzuführen und für die Werbung für das Zentralorgan das möglichste zu tun. Die Maßfeier wird im heurigen Jahre einheitlich für den ganzen Bezirk stattfinden. Beim letzten Punkte der Tagesordnung „Parteiangelegenheiten“ wurden alle Genossen aufgefordert, für die in der nächsten Zeit im Bezirke stattfindenden Frauenversammlungen fleißig zu agitieren, da gerade jetzt die politische Aufklärung der Frauen von äußerster Wichtigkeit ist. Ferner wurde beschlossen, anfang Mai eine Konferenz aller politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmänner, sowie der Gemeindevorsteher des Bezirkes einzuberufen. Diese Konferenz soll sich mit der Arbeitslosenfürsorge beschäftigen.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Mittwoch und morgen Donnerstag Gastspiel Raimundtheater-Pollenberg „Der Unbekannte“, Freitag Gastspiel Raimundtheater-Pollenberg „Dardanella, der Petrogen“, „Mimenstoge“, Samstag die Hindemith-Opernreiner „Mörder, Hoffnung der Frauen“, „Sancta Susanna“, „Das Rusch-Rusch“, Sonntag nachmittag die italienischen Opern „Cavalleria rusticana“, „Bojazzo“, Sonntag abend „Ratja, die Tänzerin“.

Kleine Bühne. Heute Mittwoch, Freitag und Sonntag nachmittag der Operettenschwank „Cheur-laub“, morgen Donnerstag Gastspiel Morgan Einakter, Samstag und Sonntag „Das blaue Wunder“.

Die Oper bereitet als nächste Neuinszenierung Richard Wagner's „Der fliegende Holländer“ in neuer Besetzung vor.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Wazar, 1332

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschach und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Berson
ist und bleibt stets
die **Qualitätsmarke**

Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von **Berson Gummi-Absätzen und Gummi-Sohlen**

Berson'schont die Schuhe, ist billiger und dauerhafter als Leder